

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

## Sieger und Besiegte.

Die feudale Kriegs-ideologie vergangener Jahrhunderte hat in der Menschheit den Glauben machgerufen, daß nach einem Kriege die Bevölkerung des Siegerstaates alle paradisi- schen Freuden genieße, während die unterlegen- ten Staaten völlig ins Verderben geraten. Diese Auffassung wurde von der bürgerlichen Geschichtsauffassung nicht überwunden, im Gegenteil, gerade die größten Historiker der deutschen Bourgeoisie, wie Ranke und Treitschke, haben die Geschichte als eine bloße Kette von Kriegen betrachtet. Auch der Ge- schichtsunterricht in den Schulen hat in den Menschen diese Geistigkeit der Vergangenheit aufrecht erhalten, die der wirklichen Gestaltung der Geschichte der Menschheit in den letzten Jahrzehnten völlig widerspricht. Freilich, die Sozialisten und sogar die fortschrittlichsten Ideologen des Bürgertums haben schon vor dem Kriege diese Meinung bekämpft und der hervorragende englische Schriftsteller Norman Angell hat in seinem kurz vor dem Kriege erschienenen Buche „Die falsche Rechnung“ die Behauptung aufgestellt, daß in der entwickel- ten kapitalistischen Ordnung die Wirkungen eines Krieges nicht nur in dem Lande des Besiegten, sondern auch in dem des Siegers in schrecklicher Weise sich fühlbar machen werden. Der Weltkrieg hat zu dieser Meinung des englischen Schriftstellers den blutigen Be- weis geliefert. Gerade diejenigen Staaten, die am meisten am Kriege beteiligt waren, die diese Last am drückendsten getragen haben, deren Volkswirtschaften am meisten auf den Krieg eingestellt waren, haben — gleichgültig, ob sie Sieger oder Besiegte gewesen sind — am furchtbarsten unter dem Kriege gelitten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser meist- beteiligten Staaten sind vollkommen zerrüttet und keiner von ihnen vermag sich aus eigener Kraft zu helfen. Oesterreich wurde durch einen internationalen Kredit eine Atempause geschaffen, während der es seine Staatsfinan- zen und Volkswirtschaft in Ordnung bringen kann (wenn auch das Sanierungswerk einer Verflavung der Bevölkerung des kleinen Staa- tes gleichkommt). Ungarn kann sich ebenso aus eigener Kraft nicht helfen und in den letzten Tagen zeigt es sich, daß auch die bet- den großen Staaten des westeuropäischen Kon- tinentes Deutschland und Frankreich, wollen sie nicht zu Grunde gehen, der aus- wärtigen Kapitalhilfe bedürfen.

Der Krieg ist durch die Friedensjährlisse von Paris nicht beendet worden und insbe- sondere Deutschland und Frankreich haben, als der Donner der Geschütze aufgehört hatte, einen Wirtschaftskrieg gegeneinander geführt, der nicht nur das besiegte Deutschland in einen Zustand völliger Zerrüttung, seine Massen in entsetzliche Verelendung gebracht hat, sondern auch das siegreiche Frankreich ruinierte. In den letzten Wochen drohte das beständige Sinken der fran- zösischen Währung das Land einer Katastrophe zuzuführen, und es zeigte sich deutlich, daß die Politik des Imperialismus auch den Sie- ger in den gemeinsamen Abgrund des euro- päischen Glucks stürzt. Der Frank schien rettungslos verloren und das Schicksal der öster- reichischen und ungarischen Krone, der polni- schen und deutschen Mark teilen zu müssen, bis endlich dasselbe Mittel angewendet werden mußte, welches das besiegte Deutschland ebenso wie das siegreiche Frankreich retten soll: Die internationale Hilfe. Keine der Volkswirtschaften der Hauptbeteiligten am Kriege, weder die der Siegerländer noch der besiegten Staaten kann sich aus eigenen Kräf- ten aufhelfen, große internationale Kredite müssen es sowohl Deutschland als auch Frank- reich möglich machen, ihre Währungen zu festi- gen und so den breiten Massen der Bevölle- rung das Leben unter jenen Zuständen, wie sie der normale Kapitalismus schafft, zu ermög- lichen.

Deutschlands Währung soll durch die Schaffung einer Goldbasis wertbeständig ge- macht werden. Diesem Zwecke dient die Er-

## Die Wahlen in Karpathorufland.

Bernichtende Niederlage der Regierungsparteien.

Preßburg, 17. März. Vorläufi- ges Wahlergebnis in Karpathorufland:

Abgeordnetenhausmandate erhielten: tschechische Sozialdemokraten 1, Trudowikenseite, unterstützt von den tschechischen Sozialisten, 1, Kommunisten 5, Landwirterverband 1, magyarische Op- position 1.

Senatsmandate erhielten: Kom- munisten 2, Magyarern 1, unentschieden 1. Die definitive amtliche Zählung ist noch nicht beendet.

Raschau, 17. März. Nach vorläufi- gen telephonischen Mitteilungen der Kreis-Wahlkommission in Ungvar sind nachstehende Ergebnisse bekannt:

Bei den Abgeordnetenhaus- wahlen wurden im ganzen 254.446 Stimmen abgegeben, von welchen erhlie- ten: Kandidatenliste Nr. 1 Kommunisten 100.109, Nr. 2 Zionisten 18.092, Nr. 3 tschechische Sozialisten und Trudowiken

Die ersten Wahlen in Karpathorufland sind vorüber und haben anders geendet, als man all- gemein erwartete: trotz des ungeheuren Wohl- terrors, der von den tschechischen Agrariern, deren Liste in Karpathorufland als Regierung- liste galt, ausgeübt wurde, haben diese eine ver- nichtende Niederlage erlitten. Aber auch die anderen Koalitionsparteien ver- lassen als Geschlagene die karpathorufische Wahlkloster. Verhältnismäßig am besten ist es noch den tschechischen Sozialdemokraten gegangen, die überhaupt einen großen Erfolg hätte erzielen können, wenn sie nicht ihre Lage wegen der Kan- didatur des Ingenieurs Redas, der Beamter in der Kanzlei des Präsidenten der Republik ist und als Tscheche bei den Ruthenen unbeliebt ist, verschlechtert hätte. Am besten von den dreizehn Wahllisten hat die der kommunistischen Partei abgeschnitten.

Das Wahlergebnis weckt natürlich in der tschechischen Koalitionspresse keine Freude. Das „Pravo Lidu“ sagt, daß die kulturell zurück- gebliebene Bevölkerung der kommunistischen De- mogogie aufgefressen sei. Die Wahl habe neuer- dings bewiesen, daß die Kommunisten dort Oban- cen hätten, wo sich die Wähler auf niedriger Kul- turstufe befinden. Das Blatt macht den Gewer- neur Besid für den Wahlausgang verantwortlich,

richtung der neuen Golddiskontbank, deren Aktien zur Hälfte vom deutschen, zur Hälfte vom internationalen, vorwiegend englischen, Finanzkapital gezeichnet werden sollen. Die ausländische Hilfe beläuft sich auf 300 Millionen Goldmark, das sind etwa 2300 Millionen tschechischer Kronen, die nicht nur dazu dienen sollen, jenen Goldvorrat zu schaffen, der die Grundlage der deutschen Währung werden wird, sondern die deutsche Wirtschaft mit den- jenigen Rohstoffen und die deutsche Bevölle- rung mit denjenigen Gütern des Weltmarktes zu versehen, ohne die der geregelte Gang des Wirtschaftslebens nicht möglich ist. Ebenso muß der französischen Volkswirtschaft auslän- disches Kapital zugeführt werden, indem der Bank von Frankreich ein amerikanischer Kredit von 100 Millionen Dollars und ein englischer von vier Millionen Pfund, zusammen also etwa 4000 Millionen tschechoslowakischer Kro- nen, gewährt wurde. So müssen fran- zösisch- und deutsche Staatsmän- ner in gleicher Weise als Vitzsteller vor dem internationalen Bankkapital erscheinen und die gleichen Mittel zur Anwendung bringen, um die Wunden, die der fran- zösisch-deutsche Wirtschaftskrieg nach dem Welt- krieg den beiden Ländern geschlagen hat, zu heilen.

In diesem Zusammenhang ist es nützlich, daran zu erinnern, daß die sozialdemokratischen Parteien der europäischen Großstaaten schon vor mehr als zwei Jahren darauf hingewiesen haben, daß ohne internationale Hilfe die Schä- den des Krieges nicht geheilt werden können.

20.098, Nr. 4 ungarische Autochthonepar- tei 28.157, Nr. 5 Landwirterpartei 15.029, Nr. 6 jüdische Demokraten 9909, Nr. 7 Sozialdemokraten 20.899, Nr. 8 Ghiborobenseite 11.110, agrarische Op- position 21.248, Nr. 10 unabh. un- gar. Sozialdemokraten 2837, Nr. 11 russische Nationalpartei mit Nationaldemokraten 2837, Nr. 12 Volkspartei und Handels- Industriellen - Partei 2734, Nr. 13, Glandpartei 1509.

Das Wahlergebnis für den Senat: Kommunisten 82.320, Zionisten 15.053, tschechische Sozialisten mit der Trudowikenseite 15.297, ungar. Autochthone- partei 26.526, Landwirterpartei 13.005, jüd. Demokraten 3756, Sozialdemokra- ten 16.573, Ghiboroben 10.485, agrarische Opposition 17.793, unabh. un- garische Sozialdemokraten 2647, russische Nationalpartei mit Nationaldemokraten 2419, Bürgerliche und handelsindustrielle Partei 2471.

Die tschechische Sozialdemokratie „über- sehen“ habe, während er für die agrarische Partei „arbeiten“ ließ. Es ist dies ein indirektes Ein- geändnis dafür, wie die Wahlen geadmet wurden. Das Ergebnis zeigt aber, daß die ganze Wahlmasse nicht gehalten hat.

Der agrarische „Reder“, der sich sonst durch einen guten Nachrichtenendienst auszeichnet, konnte das Wahlergebnis bei Redaktionsschluss noch nicht feststellen.

Das nationalsozialistische „Ceske Slovo“ meint, daß die Kommunisten ihren Wählerfolg den großen Geldmännern zu verdanken haben, die sie für die Wahlen in Karpathorufland verwen- deten. Vorgehen noch hätte das karpathorufische Wahlkomitee der Kommunisten bei der Prager Parteileitung 300.000 Kronen telegraphisch ange- fordert.

„Narodni Demokracie“ konstatiert, daß den Kommunisten die unrichtigen Methoden der Koalitionsparteien zugute gekommen seien. Für die agrarische Partei bedeute das Ergebnis, mit Rücksicht auf ihre Reaktionsposition, eine ver- nichtende Niederlage.

„Lidove Roviny“ betonen das Ueber- gewicht der Kommunisten. Die Wahlen seien vo- zeitig und ohne Vorbereitungen (1) ausgeführt worden.

Am 26. und 27. Feber 1922, am Vorabend der Konferenz von Genoa, fand in Frank- furt a. M. eine Beratung der sozialistischen Parteien Frankreichs, Belgiens, Großbritan- niens, Deutschlands und Italiens statt, in der auf „die Unhaltbarkeit des im Friedensvertrag von Versailles zur Durchführung des Wieder- aufbaues vorgesehenen Systems“ hingewiesen und betont wurde, daß die Lösung der wirt- schaftlichen Probleme Europas „nur durch Maßnahmen von internationaler Charakter“ möglich sei, daß zur Wiederaufrichtung der durch den Krieg zerstörten Volkswirtschaften „Vorwürfe an die Länder, deren Kauf- und Produktionsfähigkeit zur Zeit lahmgelegt ist“, gewährt werden müßten. Als die Delegierten von dieser Konferenz nach Hause kamen, wurde ihnen von den nationalistischen bürgerlichen Parteien der Vorwurf des Landesverrates ge- macht. Zwei Jahre später ist die Erkenntnis allgemein, daß es nur auf dem Wege geht, den die Zünfländerkonferenz zu Frankfurt ge- wiesen hat.

Die internationalen Kredite, die Deutsch- land und Frankreich gewährt wurden, haben aber nicht nur wirtschaftliche, sondern auch hohe politische Bedeutung. Es ist zweifellos, daß Amerika und England den Franzosen die große Anleihe, durch die allein Frankreichs Währung gerettet wurde, unter gewissen Bedingungen gewährt haben. So muß Frankreich seine Staatsfinanzen in Ordnung bringen, was zur Beschränkung der Rüstungs- ausgaben und damit der Zügelung der impe- rialistischen Politik Poincares, welche an der

## Der Hitlerprozeß.

München, 17. März. (Eigendbericht.) Im Hitlerprozeß ging heute die Jugendvernehmung zu Ende. Der am Samstag vor Gericht geladene Kapitulantenrat Ehrhardt ist wieder einmal nicht auffindbar und konnte infolgedessen nicht vernom- men werden. Der Führer des hinter Rohr stehen- den Bundes „Bauern und Reich“, Sanitätsrat Pittinger, berichtet über die Stimmung, die vor dem Umsturzversuche in den vaterländischen Verbänden und den hinter Rohr stehenden Kreisen vorherrschte. Auch aus seiner Aufzucht geht her- vor, daß die Unterschiede zwischen Hil- ler und Ludendorff auf der einen und Rohr auf der anderen Seite ledi- glich gradueller Natur gewesen sind. In den vaterländischen Verbänden herrschte da- mals allgemein die Ueberzeugung, daß ein militä- rischer Sturz auf Berlin erfolgen müsse und daß Rohr die Aufgabe habe, den bayerischen Methoden auch in Norddeutschland zum Siege zu verhelfen. In der Rodmittagsverhandlung äußerte sich der Vertreter des Kapitulantenrats Ehrhardt, Kauffner, in öblicher Weise. Er hat in den Frei- stunden des 8. und 9. November versucht, eine Einigung zwischen Hitler und Rohr zustande zu bringen, was ihm aber nicht gelungen ist, da Rohr sich nicht entschließen konnte, nach dem Vor- gehen Hitlers einen Aufruf auf Befreiung der Weimarer Verfassung zu erlassen. Nach der Ver- nehmung Kauffners werden nur noch zwei unbedeutende Zeugen gehört. Die Vernehmung schließt mit der tschechischen Anklage des Hiltlerischen Rüstungswunders Graf, der allerdings unbedeutend bleibt. Er sucht durch seine Anklage jede Schuld der Hiltlerleute an dem Untagen Zusammenstoß des 9. November zu leugnen. Demnach verurteilt der Vorsitzende ganz überraschend und offenbar auf Grund von vorhergegangenen Verhandlungen hinter den Kulissen, daß keine weiteren Zeugen vernommen werden sollen; dann unterbreicht auch die weitere Vernehmung des Herrn von Poffow. Ein Antrag der Verteidigung, Ebert und Stresemann als Zeugen dafür zu laden, daß man der Reichsregierung mit Gewalt gedroht habe, wird vom Gerichte überhaupt nicht beraten. Der morgige Tag wird nur noch die Verlesung einzelner Schriftsätze bringen.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Ganz offenbar wünscht man in maßgebenden Kreisen nicht, daß durch weitere Vernehmungen in die geheimen Zusammenhänge des Hiltler- putsches hineingeleuchtet werde. Man muß auch unbedingt annehmen, daß mit der Verteidi- gung Abmachungen über die Höhe und Art des Urteiles getroffen sind.

Zerstörung der deutschen Wirtschaft die Haupt- schuld trägt, führen muß. Das wirtschaftlich schwache Frankreich wird damit den englischen und amerika- nischen Plänen zur Wiederauf- richtung des verwüsteten Europas gefügiger gemacht werden. Des- wegen hat auch die englische Arbeiterregierung der Gewährung der Kredite an Frankreich nichts in den Weg gelegt, um so die europäische Politik in jene Bahnen zu lenken, wie dies in der Regierungserklärung Macdonalds als das Streben der Arbeiterparteien hingestellt wurde.

Die internationale Hilfe, die Deutschland und Frankreich gewährt wird, ist eine Hilfe der amerikanischen und englischen Großbanken. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verfügt das Finanzkapital immer mehr über alle Geldquellen, über das Geldkapital, das notwendig ist, um das im Kriege und in der Nachkriegszeit erschöpfte und zusammenge- brochene Europa wieder aufzurichten. Wenn also auch die internationale Hilfe im Völker- leben sich in kapitalistischer Form durchzieht, so ist es klar: Je größer die Macht der Ar- beiterkraft, je wirksamer der Einfluß des So- zialismus auf das europäische Leben wird, je mehr die Herrschaft über die Volkswirtschaft in die Hände der Arbeiterkraft übergehen wird, desto wirksamer werden die Mittel der inter- nationalen Hilfe sich geltend machen, desto mehr wird die internationale Solidarität der Völ- ker erwachen, desto eher wird die Umwandlung der Erde aus einer Kampfstätte in eine Werkstätte zur Tat werden!



### Telegramme.

#### Wahlen in der Hochburg der Junker.

Berlin, 17. März. Den Wählern zufolge hatten bei den gestrigen Stadtratswahlen in Potsdam die rechtsstehenden Parteien einen großen Erfolg. U. a. erhielten die Deutschnationalen 11.950, die Vereinigten Sozialdemokraten dagegen nur 3392. An der Wahl beteiligten sich etwa 75 Prozent der Wahlberechtigten. Die Montagausgabe des nationalistischen „Volk-Anzeigers“ weist darauf hin, daß die Mehrheitssozialisten und unabhängigen Sozialisten bei den letzten Wahlen im Jahre 1919 noch 9346 Stimmen erhielten, daher auf ungefähr 40 Prozent ihrer ehemaligen Stärke zusammenschrumpften.

#### Churchill für Deutschland.

London, 16. März. Churchill erklärte Blättermeldungen zufolge in einer Rede, wenn man die Gefahr von Kriegen beseitigen wolle, müßte eine genaue Kontrolle über die Rüstungen der einzelnen Staaten durch eine internationale Körperschaft erfolgen. Die Schwäche des Völkerbundes liege darin, daß er sich nur aus den siegreichen Nationen zusammensetze. Churchill jagte, er trete für den Eintritt aller Nationen, darunter auch Deutschland und Oesterreich, in den Völkerbund ein. Vor allem müßten Anstrengungen unternommen werden, um den Beitritt Amerikas zu erreichen. Es dürfe sich für den Völkerbund lohnen, gewisse Änderungen in seiner Verfassung vorzunehmen, um den Vereinigten Staaten zu ermöglichen, ihren Platz im Völkerbunde einzunehmen. Der Völkerbund wird jedoch nie ein leitender Faktor in der Welt sein, bevor einige der größten Nationen zu einem wirklichen Versuch, die Streitigkeiten der Vergangenheit beizulegen, zusammengebracht worden seien. Churchill wies auf die alte Fehde zwischen Deutschland und Frankreich hin und erklärte, es sei Großbritanniens Aufgabe, zu versuchen, sie beizulegen.

#### Serbisch-bulgarische Spannung.

Belgrad, 17. März. Anlässlich der heute in der Stupitsina geführten Spezialdebatte über das Budget des Ministeriums des Äußeren verlas Außenminister Rincic ein siebenzig Seiten langes Exposé, welches sich 1. auf die politischen Beziehungen, u. zw. der Verbündeten zu Deutschland, Jugoslawiens zu Italien, der Kleinen Entente zu Polen, Jugoslawiens zu Albanien, Griechenland und Bulgarien; 2. auf die Teilnahme Jugoslawiens an dem Völkerbunde; 3. auf die Reparationen und die ungarische Anleihe; 4. die Festsetzung der Grenzen zu den Nachbarstaaten; 5. auf die mit Italien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien abgeschlossenen Konventionen erstreckte.

Hinsichtlich Bulgariens stellte Rincic fest, daß das Haupthindernis für eine Besserung der serbisch-bulgarischen Beziehungen die illegalen Organisationen auf bulgarischem Gebiete und deren subversive Tätigkeit an der Grenze sind. Seit dem 9. Juni ist eine besonders rührige Tätigkeit dieser Organisationen wahrnehmbar, welche sogar im Auslande offene Propaganda gegen Jugoslawien betreiben. Der bulgarische Ministerpräsident Jankow spricht im Souborje von den bulgarischen Minoritäten in Mazedonien, obwohl in Sofia bekannt sein muß, daß es in Südserbien keine bulgarischen Minoritäten gibt. Die von der bulgarischen Regierung vorgenommene Verhaftungen sind nicht hinreichend, um eine Aktion der mazedonischen Komitees ernstlich zu verhindern. Es ist jedoch zu hoffen, daß dies die ersten Schritte Bulgariens zur Lösung der schicksalsschweren Frage der jugoslawisch-bulgarischen Beziehungen sind. Das bulgarische Volk wünscht sicherlich keine Abenteuer.

#### König Georgs Ende.

Athen, 16. März. (Agence d'Athen.) Die Tagesblätter veröffentlichen eingehende Informationen, aus denen Verhandlungen hervorgehen, die mit den royalistischen Führern während der Regierung Venizelos eröffnet und die unter der Ministerpräsidentenschaft Kafandaris fortgesetzt und besonders ernstlich vom neuen griechischen Ministerpräsidenten Papanastasis in Angriff genommen wurden. Die Verhandlungen endeten mit einem Abkommensentwurf, in welchem mit der freiwilligen Abdikation des Königs Georg gerechnet wird, dem das Recht eingeräumt wird, während seines ganzen Lebens den königlichen Titel beibehalten zu dürfen und vier Fünftel der Bezüge der jetzigen Zivilisten belassen werden sollen. Weiters wird in dem erwähnten Übereinkommen festgelegt, daß sämtliche Mitglieder der königlichen Dynastie sich aller Thronfolgerechte begeben sollen.

Zu einem inneren Frieden in Griechenland würde es unter folgenden Bedingungen kommen: Allgemeine Amnestie, Wiederaufnahme der Offiziere in die Armee und in den Marinedienst sowie auch Reaktivierung der Staatsbeamten in den Grenzen der Möglichkeit, weiters Proklamierung der Republik durch die Nationalversammlung, welche Proklamierung dann durch Volksabstimmung genehmigt würde, Wahl Zaimis oder einer anderen geeigneten Persönlichkeit zum Präsidenten, Errichtung eines Senates, in dem die Royalisten zwei Fünftel der Mitglieder hätten und Ausbreitung von Parlamentswahlen durch eine neutrale Regierung.

## Der Kampf um das Mieterschutzgesetz.

Massenversammlungen in Karlsbad, Chodau, Neusattel, Falkenau, Graslitz, Joachimsthal, Raudel.

Anlässlich der bevorstehenden Verhandlung der Mieterschutzvorlage im Prager Parlament sind die Hausherren bestrebt, ihre „menschenfreundlichen“ Absichten durchzudrücken und ohne Rücksicht auf die Notlage der Besitzlosen die „freie Wirtschaft“ auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens einzuführen, was gleichbedeutend mit dem Hinauswurf hunderttausender Menschen aus ihren Wohnungen wäre.

Die Hausherren haben zu diesem Zwecke eine Flugblattaktion eingeleitet, die besonders stark im Karlsbader Gebiete betrieben wird. Um die Art der stramm deutschnationalen Hausherren, die aus tschechischer Quelle stammende Flugblätter verteilen, zu charakterisieren, geben wir nachstehend eine Probe aus einem der Flugblätter wieder:

„Reiner, der arbeits- und erwerbsfähig ist, hat das Recht, zu verlangen, daß ihm der Staat oder andere Mitbürger auf seine Wohnung etwas daraufzahlen. Jeder Arbeits- und Erwerbsfähige muß sich die Wohnungsware, die er zur Befriedigung seines Wohnungsbedürfnisses braucht, selbst bezahlen. Natürlich muß er dafür den Marktpreis geben, das ist derjenige Preis, der sich von selbst ergibt, wenn man die wirtschaftlichen Kräfte, die bei der Preisbildung mitspielen, — Erzeugungskosten, freies Angebot und Nachfrage — unbehindert walten läßt.“

Bildlich gesprochen aber hat niemand das Recht, zu verlangen, daß ihm der Staat oder Herr Zoumbis für einen Preis, der nur auf Polypantoffel reicht, Lackschuhe liefert. Reicht es Dir auf Lackschuhe, so gehe in Lackschuhfabrik, reich es Dir aber nur auf Polypantoffel so mußt Du Dich bescheiden und darfst nicht beanpruchen, daß Dir jemand anderer oder der Staat Deinen Luxus bezahlt...“

In einem zweiten Flugblatt errichten die deutschnationalen Hausherren eine Internationale gegen den Mieterschutz. Sie sagen, die Abgeordneten müßten „unter Hintanhaltung aller wie immer gearteten nationalen und politischen Gegensätze“ energisch für die Befreiung des Mieterschutzes eintreten.

Ein anderes Flugblatt wendet sich schließlich unverhüllt gegen die Arbeiter —

„Aber auch die wirtschaftlich schwächeren Mieter haben ihre Einnahmen bereits im Verhältnis des gesunkenen Geldwertes erhöht und wären in der Lage von ihren höheren Einnahmen eine entsprechend höhere Quote für ihre Miete zu bezahlen, wie sie ja auch die sonstigen Auslagen ihrer Lebenshaltung in diesem Verhältnisse erhöhen mußten. Speziell die Arbeitnehmer überwälzen die höheren Mietauslagen auf die Arbeitgeber.“

— und auch an die Arbeitslosen, denen Arbeit versprochen wird, wenn das Mieterschutzgesetz fällt!

Die Mieter gaben nun auf dieses Treiben in Massenversammlungen, die Sonntag stattfanden, klare Antwort. In Karlsbad mußte die Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden. Tausende Menschen waren um drei Uhr nachmittags am Becherplatz versammelt; Genosse Sacher eröffnete die Versammlung und Gen. de Witte erstattete das Referat. Er entwickelte unter oftmaliger stürmischer Zustimmung die Forderungen der Sozialdemokraten nach Ausbau des Mieterschutzes und nach großzügiger Ausföhrung. Er sagte: Wir sind nicht als Bettler her, sondern als Ankläger gegen die heutige Gesellschaft, die dem arbeitenden Menschen nicht einmal das Dach über dem Kopfe sichern will, und wir wollen nicht nur darum kämpfen, daß der Mieterschutz aufrecht bleibe, sondern auch darum, daß eine neue Gesellschaft werde, für die das Wort Kultur nicht mehr nur eine billige Sonntagshyafe sein wird. Es sprach dann noch Genosse Senator Löw, worauf Genosse Sacher die Resolution verlas, die einstimmig angenommen wurde.

In Falkenau sagte die Versammlung unter dem Vorsitz des Genossen Rath, das Referat erstattete Abgeordneter Genosse Bohl.

In Graslitz sprach Genosse Wondral.

In Chodau und Neusattel sprach Abgeordneter Genosse Hollitscher.

In Raudel hielt Abgeordneter Genosse Palme, in Joachimsthal Genosse Wolf Palme das Referat. Dori erklärten sich auch Kommunisten mit den Ausführungen des Referenten und mit der Resolution einverstanden.

### Inland.

#### Gemeinde-Wahlwahlen.

Saaz.

Die am Sonntag, den 16. März in Saaz stattgefundene Gemeindevahl zeitigte im Durchschnitt dasselbe Ergebnis wie der allgemeine Wahlgang im Herbst 1923: Schwächung des sozialistischen Einflusses und Stärkung der bürgerlichen Parteien. Es wurden insgesamt 9334 Stimmen abgegeben, davon 9267 gültige, die sich wie folgt verteilten: Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei 1662 Stimmen und 7 Mandate, Deutsche Nationalpartei 1872 Stimmen und 8 Mandate, tschechische Einheitsliste 1018 Stimmen und 4 Mandate, Nationalsozialisten 371 Stimmen und 1 Mandat, Kommunisten 596 Stimmen und 2 Mandate, Deutschdemokraten 729 Stimmen und 3 Mandate, Deutsche Wahlgemeinschaft (Christlichsoziale, Landbändler und Gewerbetriebe) 2827 Stimmen und 11 Mandate, Eppertliste (Kandidatur des Ludwig Wolf) 192 Stimmen — kein Mandat, Die Wahlzahl betrug 352.

An diesem Wahlergebnis ist bemerkenswert, daß die Nationalsozialisten und die Kommunisten, die sich in Saaz ausschließlich auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie verlegten, die Früchte ihrer verderblichen Tätigkeit nicht ernten konnten. Obwohl knapp vor dem Wahltage sogar der kommunistische Oberbunse Kreibich nach Saaz streifte, wurde, und trotz der Prophezeiungen seiner Parteijünger, daß sie die Sozialdemokratie überflügeln werden, konnte die kommunistische Partei knapp zwei Mandate erhalten, was angesichts ihres großen agitatorischen Aufwandes ein mageres Ergebnis ist. Möglich haben die Gelben abgesehen, die an Stelle ihrer bisherigen zwei Vertreter nur einen Kandidaten durchzubringen vermochten. Aber den Bürgerlichen haben die Deutschgelben in Saaz wertvolle Zuteilerdienste geleistet. Ihr Wahlflugblatt enthielt kein Wort des Angriffs gegen die kapitalistischen Parteien oder gegen die tschechischen Nationalisten, es war eine einzige Schmähung der Sozialdemokratie in Wort und Bild. Bei soch wackerer Schützenhilfe, die die Deutschbürgerlichen genossen haben, ist ihr Erfolg nicht weiter verwunderlich. Ein bedeutender Teil der Arbeiterwähler, der durch die kommunistische und halenkreuzlerische Propaganda von der Sozialdemokratie abgelenkt wurde, hat sich den Christlichsozialen zugewendet und die Liste der sogenannten Wahlgemeinschaft gewählt. Sonst bietet die Saazer Wahl auch den neuerlichen Beweis, daß der Nationalismus auf deutscher und tschechischer Seite im Wachsen begriffen ist. Die Deutschnationalen konnten trotz ihrer bisherigen jammervollen Politik in der Gemeinde acht Mandate ergattern und die tschechische Einheitsliste, die mit einer wüsten Deutschenei um Stimmen warb, bucht mit vier Mandaten, die den Einzug eines tschechischen Vertreters im Stadtrat verbürgen, einen nicht zu unterschätzenden Erfolg. Die Sozialdemokraten nehmen dieses nicht überraschende Wahlergebnis in Saaz mit unerschütterlicher Zuversicht zur Kenntnis. Ein Teil der Saazer Arbeiterwähler hat am Sonntag die Feinde des Mieterschutzes, die Gegner der Sozialversicherung und des Achtstundentages gewählt. Unsere Partei und ihre Vertreter in der Gemeinde werden das ihrige dazu beitragen, daß die Erkenntnis der irreführenden Arbeiter und Arbeiterinnen nach diesem Fehler rasch heranreift.

#### Haider Bezirk.

Bei den Wahlen in der Stadt Haida stattgefundenen Gemeindevahl hat unsere Partei über Erwarten gut abgeschnitten. Trotz einer mit großem Gedauaufwand bis zur Bedeuhige gezeigten Wahlagitator der deutschnationalen Gegner ist es nicht gelungen, die Stellung der Sozialdemokraten zu brechen. Es erschienen zur Wahl 2102 Wähler, die 2091 gültige Stimmen abgaben. Es erhielten: die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei 479 Stimmen und sieben Mandate (bisher zehn), die deutsche Nationalpartei, die zwei Listen aufgestellt hatte und auf sich auch die Stimmen der Alexikalen und Gewerbetriebe vereinigte, erhielt auf die eine Liste 916 Stimmen und 14 Mandate, auf die zweite Liste, Gruppe Gewerbe, 241 Stimmen und drei Mandate. Die Nationalsozialisten erhielten 192 Stimmen und zwei Mandate, die Kommunisten 128 Stimmen und zwei Mandate, die tschechische Minderheit 135 Stimmen und zwei Mandate.

In Alt-Kottowitz bei Haida, wo gestern gleichfalls die Wahlen stattfanden, hat unsere Partei die Mehrheit erhalten. Von 215 abgegebenen Stimmen entfiel auf die Liste der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Stimmenzahl von 118, auf die Wahlgemeinschaft eine solche von 97. Unsere Partei wird in der neuen Gemeindevahl mit sieben gegen fünf bürgerliche Vertreter antreten.

#### Leptischer Bezirk.

Am Sonntag, den 16. März, fanden in vier Gemeinden des Lepticher Bezirkes die Wahlen für die Gemeindevereinigungen statt, bei welchen im allgemeinen unsere Positionen behauptet wurden. In der Gemeinde Webeschan wurden 412 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten die deutschen Sozialdemokraten 193 Stimmen, die deutsche Einheitsliste 121 Stimmen, die tsche-

## Abreibungen und Erleichterungen bei Einkommensteuerrückständen.

Abreibung der Steuer für 1918 und die vorhergehenden Jahre. — Möglichkeit des Steuernachlasses für die späteren Steuerjahre.

Wir haben in unserer Ausgabe vom 2. Februar einen Antrag der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten mitgeteilt, in welchem die Abreibung der Einkommensteuer von 1919 bis 1923 bei Einkommen aus Dienst- und Lohnbezügen unter 25.000 Kč verlangt wurde. Dieser Antrag fand seine Rechtfertigung darin, daß die Steuerbehörden den Arbeitern jahrelang keine Steuern vorgeschrieben haben, die Arbeiter also auch gar nicht in der Lage waren, die Einkommensteuer zu bezahlen, während nun den Arbeitern ungeheure Steuervorschreibungen zugestellt werden. In der Zeit der gesunkenen Löhne soll also der Arbeiter Steuern zahlen für die kurze Nachkriegskonjunktur, wo die Löhne bedeutend höher waren als jetzt. Mit dieser für die Arbeiterschaft ungemein wichtigen Frage haben sich in langen Beratungen sowohl die Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes als auch der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten befaßt und die Frucht dieser Beratungen bedeutete der schon erwähnte parlamentarische Antrag. Auch die tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten haben dieser Frage ihr Augenmerk zugewendet und ihre Forderungen erhoben.

Zoeben ist nun eine Verordnung des Finanzministeriums über die schuldige Personaleinkommensteuer der letzten Jahre erschienen, die folgendes besagt: „Bei schuldigen Beträgen aus der Steuer von Einkommen und höheren Dienstbezügen für die Jahre 1918 und die vorhergehenden Jahre 1918 und die vorhergehenden nicht eingehoben werden. Soweit es sich um schuldige Steuern für die nachfolgenden Jahre handelt, müssen die Steuerämter ihre Anträge auf Abschreibung begründen. Soweit es sich dann um verspätet vorgeschriebene Steuern handelt, sagt die Verordnung des Finanzministeriums folgendes:“

Damit die Arbeiterschaft entsprechend geschützt werde, gewährt das Finanzministerium nach Vereinbarung mit den Vertretern der Arbeiterschaft (es handelt sich hier wohl nur um die Vertreter der

tschechischen Arbeiterschaft), was die Einkommensteuer für die Steuerjahre 1919 und die folgenden betrifft, diese Erleichterungen: Die bezüglich Steuern werden nicht auf Grund des Exekutionsverfahrens, sondern auf Grund des Verfahrens nach § 237 eingehoben (das heißt, die rückständigen Steuern werden nicht durch den Exekutor eingetrieben, der Steuerträger wird nicht gepfändet, sondern der Arbeitgeber haftet für diese rückständigen Steuern und kann sie dem Arbeiter abziehen). In Fällen, wo die Durchführung der Exekution erfolglos wäre, und wo nach Ansicht des Steueramtes nicht zu erwarten ist, daß die bestehenden Verhältnisse des Steuerträgers sich ändern werden, kann das Steueramt die Abschreibung beantragen. Die Besuche der Arbeiter um Abschreibung restlicher Steuern für die Jahre 1919 und die folgenden aus Gründen der bedrohten Lebenshaltung sollen in entgegenkommender Weise behandelt werden. Verzugszinsen für rückständige Steuern sollen bei Arbeitern nicht eingehoben werden. Falls in einzelnen Fällen bei der Bemessung der Einkommensteuer nicht auf alle Bestimmungen bezüglich der Steuernachlässe Rücksicht genommen wurde, werden die Steuerämter aufgefordert, in solchen Fällen die Steuervorschreibung zu berichtigen, wenn dies der Steuerträger verlangt. Ebenso können die Steuerämter Kleinwerbetreibenden und Kleinbauern ähnliche Steuernachlässe gewähren.

Die Verordnung des Finanzministeriums kann durchaus nicht befriedigen. Während der deutsche sozialdemokratische Antrag die Abschreibung der Einkommensteuer für die Jahre 1919 bis 1923 (bei Einkommen unter 25.000 Kč) verlangt hat, wird der Nachlass nur für die Jahre 1918 und die vorhergehenden bedingungslos gewährt. Für den Nachlass der Einkommensteuer aus den Jahren 1919 und 1923 wird ein umständliches Verfahren gewählt, bei welchem der Willkür der Behörden der breitere Spielraum gelassen ist. Immerhin werden die Arbeiter die neue Verordnung ausnützen und so bald wie möglich Besuche wegen Nachlassens beziehungsweise Abschreibungen der Steuern in den Jahren 1919 bis 1923 einreichen müssen.



tscheische Koalition 98 Stimmen. Die Mandate verteilen sich: deutsche Sozialdemokraten 7 (früher 9), deutsche Einheitsliste 4 (3), tscheische Koalition 4 (3). 26 Wähler sind bei der Wahlurne nicht erschienen. — In Soborten erhielten die deutschen Sozialdemokraten 336 Stimmen und 9 Mandate (früher 11), die deutsche Wahlgemeinschaft 328 Stimmen und 9 Mandate (8), tscheische Sozialdemokraten 210 St. 6 Mandate (6), tsch. Nationaldemokraten 205 Stimmen und 6 Mandate (5). — In Serbisch erhielten die deutschen Sozialdemokraten 149 Stimmen, 8 Mandate, tscheische Sozialdemokraten 91 Stimmen, 5 Mandate, Bund der Landwirte 58 Stimmen, 2 Mandate. — In der Gemeinde Beshen wurde nach dem Grundgesetz der relativen Mehrheit gewählt. Die tscheische Minorität hatte angefragt, die Wahl nach dem Grundgesetz der verhältnismäßigen Vertretung durchzuführen, aber irrtümlicherweise zwei Unterschriften zu wenig auf dem Gesuche gesammelt. Das Gesuch wurde deshalb von der Behörde abgewiesen. Die Bemühungen unserer Partei und der tscheischen Wähler, trotzdem noch das Einverständnis aller Parteien, die Wahl nach dem Grundgesetz der verhältnismäßigen Vertretung durchzuführen, scheiterte an dem Widerstande der Bauernbündler. Die Bauernbündler erreichten bei der Wahl 185 Stimmen und besetzen somit alle 12 Mandate. Die deutschen Sozialdemokraten erzielten auf ihre Liste 75 Stimmen, während die tscheische Minorität ihre Liste zurückgegeben hatte.

**Westböhmen.**

Bei den sonntägigen Gemeindevahlen in Meierhöfen und Janessen erzielten unsere Genossen einen überwältigenden Erfolg. In Meierhöfen errangen unsere Genossen von 30 Mandaten 18; die Kommunisten erhielten 4, die Deutschbürgerlichen auf drei Listen 8 Mandate. Unsere Genossen haben gegenüber den letzten Wahlen, wenn der Abfall von 180 Stimmen für die Kommunisten und 102 Stimmen für die Festbesoldeten berücksichtigt wird, einen Zuwachs von 150 Stimmen zu verzeichnen. Dagegen hat die Wahlgemeinschaft gegenüber den letzten Wahlen im Jahre 1920 44 Stimmen verloren. In Janessen, wo bei den letzten Parlamentswahlen 536 Stimmen für uns gezählt wurden, erhielten wir diesmal 559, obwohl die Bürgerlichen alle Wimen springen ließen, um uns dort eine Niederlage zu bereiten. Unsere Genossen erhielten von 18 Mandaten 13. Rund 70 Prozent aller abgegebenen Stimmen entfielen in diesen beiden Orten auf die Sozialdemokraten. Für die Kommunisten bedeutet das Wahlergebnis von Meierhöfen eine große Niederlage.

**Eine Papieraffäre?**

„Narodni listy“ rufen zum Kampf gegen die Korruption auf und schreiben: Der Verlauf der Untersuchung in der Benzinaffäre zeigt die Notwendigkeit, nicht nur die ganze Wirtschaft des Landesverteidigungsministeriums einer genauen Revision zu unterziehen. Insbesondere, wenn es sich um Lieferungen ohne Offertenschreiben handelt, die trotz der ausdrücklichen Instruktionen, die für staatliche Behörden gelten, vergeben werden. Heute stellen wir nur folgendes fest: Die staatliche Druckerei, deren Jahresbedarf an Papier weit über zehn Millionen Kronen hinausgeht, hat in den letzten fünf Jahren keinen öffentlichen Lieferungskonkurs für Papier ausgeschrieben, obwohl dies gesetzlich bestimmt wird. Die Annahme liegt auf der Hand, daß die Papierlieferungen nur einigen privilegierten Firmen vergeben werden, die sich der besonderen Gunst bestimmter Funktionäre erfreuen. Es ist notwendig, daß die maßgebenden Behörden der Wirtschaft in der Staatsdruckerei ein Augenmerk zuwenden, ob bei der Vergabe von großer Papierlieferungen die gesetzlichen Vorschriften eingehalten und die Interessen der staatlichen Finanzen berücksichtigt werden.

**Die tscheische Krone notiert in:**

New York 100 Kr.	.....	Dollar 2,89,00
Berlin 100 „	.....	Schweiz. Franc 10,72,50
Wien 100 „	.....	Mark 122,500,000,000,00
Wien 100 „	.....	Österr. Kronen 2,05,034

**Brager Kurie am 17. März.**

	Galt	Wert
100 holl. Gulden	1311,00	1317,00
1 Million Mark	7,99,00	8,19,00
100 franz. Francs	143,25,00	144,75,00
100 schweiz. Francs	611,00,00	614,00,00
1 Pfund Sterling	157,55,00	161,90,00
100 Lire	152,25,00	153,75,00
1 Do. an. Francs	35,10,00	35,40,00
100 franz. Francs	174,25,00	174,75,00
100 Dina	43,70,00	44,25,00
1000000 mag. Kronen	4,87,50	5,37,50
1,000,000 dän. Mark	3,37,50	4,17,50
10,000 österr. Kronen	4,93,00	5,13,00

**Der Streit um Bessarabien.**

Moskau, 17. März. (A. R.) Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, fand an den französischen Ministerpräsidenten Poincaré eine Note, in welcher er gegen die Ratifikation der Konvention betreffend den Anschluß Bessarabiens an Rumänien durch das französische Parlament protestiert. Tschitscherin erinnert an die seitens der französischen Regierung zu Beginn der Okkupation Bessarabiens durch die rumänischen Truppen gegebene Zusage, daß diese Okkupation nur interimistisch sein werde. Das Moskauer „Zentralradio“ meldet, daß die Sowjetdelegation bei der in Wien stattfindenden rumänisch-russischen Konferenz die Vornahme eines Plebiszits in Bessarabien fordern wird, um auf diese Weise den Willen der bessarabischen Bevölkerung in der Frage des Anschlusses Bessarabiens an einen der beiden Staaten festzustellen.

**Sozialistische Balkantouren.**

**Ein Memorandum der bulgarischen Sozialdemokratie. — Einheitliche Auffassung des mazedonischen Problems durch alle Balkansozialisten. — Gemeinsamer Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr.**

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat in ihrer Sitzung in Luxemburg am 17. Februar beschlossen, eine internationale Konferenz der sozialistischen Parteien der Balkanländer einzuberufen und als ihre Vertreter die Genossen Friedrich Adler und Zeretelli zu entsenden. Die Konferenz tagte in Bukarest am 11., 12. und 13. März. Als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Bulgariens waren die Abgeordneten Janco Salasoff, Assen Zankoff und Dimitr Reikoff, als Vertreter der sozialistischen Partei Südslawiens waren Abgeordneter N. Divac und Dr. Jivko Topalovic, als Vertreter der Föderation der sozialistischen Partei Rumäniens waren die Genossen J. Flueraş, J. Moscovici und Abgeordneter Dr. Pistiner erschienen. Außerdem nahmen an den Verhandlungen als Zuhörer eine Anzahl von Genossen, die dem Parteivorstand der rumänischen und bulgarischen Partei angehören, teil.

Zunächst wurde in eine überaus eingehende Untersuchung der Entwicklung der Politik der bulgarischen sozialdemokratischen Partei eingegangen, die durch ausführliche Darstellungen der Genossen Salasoff und Zankoff eingeleitet wurde. Durch eine Enquete, an der sich alle anwesenden Genossen beteiligten, wurde die Grundlage festgestellt, die es den Delegierten der Internationale ermöglichen soll, in der nächsten Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale den Bericht zu erstatten, zu dem sie beauftragt worden sind. Auf Grund der eingehenden Diskussion sah sich die bulgarische Delegation veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben, die der Exekutive übermittelt werden wird:

**Erklärung der bulgarischen Delegation.**

Bulgarien ist ein vorwiegend agrarisches Land. Es entspricht daher den demokratischen Grundgesetzen, daß die Bauern einen entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung der Politik üben. Unter der Regierung Stambulistsky war aber weit darüber hinaus, unter dem Vorwand, eine Herrschaft des Bauernstandes zu errichten, die Willkürdiktatur des kleineren Teiles des Bauertums zur Wirklichkeit geworden, und es war daher selbstverständlich, daß alle demokratischen, nicht nur die städtischen Elemente, ohne Unterschied der Partei (Sozialdemokraten, Kommunisten, Bürgerliche), zu immer schärfer werdender Opposition gedrängt waren. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land wurde auf das unerbittlichste gesteigert, indem die Partei Stambulistsky versuchte, auch die städtische Verwaltung ihrer diktatorischen Herrschaft zu unterwerfen. Schließlich hat die Regierung Stambulistsky, die immer größere Volksmassen zu Gegnern bekam, den Boden der Demokratie verlassen, hat an Stelle des Proportionalwahlrechtes ein Wahlrecht gesetzt, das das Wahlgeld und den Regierungseinfluß entscheidend werden läßt. Durch die Einführung der Wahlpflicht wurden die indifferenten Elemente zwar zu politischer Tätigkeit herangezogen, aber zunächst die Indifferenz zu politischem Einfluß gebracht.

Vergewaltigung der städtischen Bevölkerung und Verlassen der Demokratie durch Stambulistsky, das waren die Wurzeln, die den Staatsstreich Zankoffs in großen Massen der Bevölkerung als Befreiung aus drückender Diktatur erscheinen ließ.

Die sozialdemokratische Partei hat sich als solche am Staatsstreich nicht beteiligt, ja, eine Reihe maßgebender Mitglieder des Parteivorstandes waren in vollständiger Unkenntnis über die Pläne der Verschwörer. Einzelne Mitglieder der Partei waren allerdings als Personen in den Plan eingeweiht worden. Die Parteiführung war aber, nachdem der Umsturz vollzogen war, nicht in der Lage, sie wegen dieser Handlungen, die sie unter Gefahr ihres eigenen Lebens unternommen hatten, zur Verantwortung zu ziehen, sondern im Gegenteil sah sich die Partei gezwungen, in diesem Momente die Mitverantwortung in der neuen Regierung zu übernehmen, um den Bürgerkrieg zu begrenzen und der Gefahr von Okkupationen durch auswärtige Mächte zu begegnen. Durch die Teilnahme der Sozialdemokratie wurden die reaktionären Nationalliberalen aus der Regierung ausgeschaltet. Die Regierung Zankoff war bei weitem keine sozialdemokratische Regierung — von zehn Mitgliedern war nur eines ein Sozialdemokrat —, aber diese Regierung war in diesem Momente die einzige, von der wir hoffen konnten, daß sie den Weg zur Verwirklichung der Demokratie finden werde. Damit wollen wir nicht sagen, daß wir alles, was diese Regierung getan hat, verteidigen können. Sehr vieles ist gegen unseren Wunsch, gegen unseren Rat und gegen unsere Stimme geschehen. Vor allem müssen wir es ablehnen, für die Greuelthaten, die der Bürgerkrieg wie jeder Bürgerkrieg, zur Folge hatte — wenn auch die Nachrichten im Ausland maßloseste Uebertreibungen und ungläubliche Lügen enthielten — irgend eine Verantwortung zu übernehmen. Sie haben weder mit unserem Willen noch auch nur mit unserem Wissen stattgefunden. Die Pflicht zur Wahrheit zwingt uns aber auch zu erklären, daß, was auch immer an beklagenswerten Greuelthaten geschehen ist, soweit wir bisher feststellen konnten, die Verantwortung der Regierung hierfür nur eine indirekte ist, daß es sich um Ereignisse gehandelt hat, die sicher nicht im Auftrag der Regierung und die ohne Wissen der Regierung erfolgt sind. Wir haben vom ersten Momente der Unterdrückung des

Septemberputsches auf die Regierung eingewirkt, damit Verhaftungen aufgehoben und Dpfer vermieden werden. Wo dennoch Beklagenswertes geschehen ist, haben wir die strengste Untersuchung verlangt. Wir verweisen auf die Artikel in unserer Presse, die von unseren kommunistischen und agrarischen Gegnern als Zeugnis angeführt werden; wir verweisen auf unseren Antrag im Parlament, eine Enquete einzuleiten. Aber höher als unsere Proteste und als unser Verlangen nach Untersuchung stellen wir die Erfolge unserer fortgesetzten Interventionen, durch die es uns gelungen ist, viele Menschenleben zu retten und die Zahl der Opfer einzuschränken. Mögen die Kommunisten und Agrarier aus politischen Gründen in ihren Zeitungen auch das Gegenteil schreiben, wir wissen aus direkter Erfahrung, daß sie diese unsere Tätigkeit anerkennen. Uns war vom Anfang an klar, daß unsere Beteiligung an der Regierung nur so lange notwendig sei, als es galt, die Gefahren, die aus der Anarchie drohten, zu überwinden. Wir haben die erste Gelegenheit, die uns die Konsolidierung der Verhältnisse ermöglichte, benützt, um die Regierung zu verlassen.

Unser Austritt aus der Regierung ermöglicht es uns nun, unseren Kampf für die Sicherung der Demokratie in Bulgarien in einer den Bruderparteien des Auslandes viel sichtbareren Form, in der Form energischer Opposition zu führen. In diesem Kampfe stellen wir vor allem folgende Forderungen auf, deren Erfüllung von uns als unbedingte, unmittelbare Notwendigkeit angesehen wird:

1. Wiederherstellung eines vollkommen demokratischen Proportionalwahlrechtes und möglichst rasche Durchführung von Neuwahlen auf Grund dieses neuen Wahlrechtes.
2. Sofortige Durchführung der Gemeinderatswahlen.
3. Vollständige Amnestie aller am Bürgerkrieg Beteiligten und sofortige Ermöglichung der Rückkehr aller Emigranten.
4. Vollständige Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit für alle politischen Parteien und Garantie der politischen Betätigung derselben auf dem Boden der Demokratie; Revision des Gesetzes zum Schutze des Staates in diesem Sinne.

Unsere Forderung der Wiederherstellung des Proportionalwahlrechtes halten wir nicht für eine aufstrebende, sondern für eine unmittelbar praktisch notwendige, um an Stelle des Systems der Putschherrschaft und des gewaltsamen Umsturzes die Möglichkeiten demokratischer Entwicklung zu schaffen. Das bulgarische Volk soll in voller Freiheit sein Parlament wählen, und welche Richtung auch immer die Oberhand bei den Wahlen bekommen sollte, wollen wir, daß entsprechend der Demokratie die wirkliche Mehrheit des Volkes zur Geltung komme. Wenn die Regierung diesen Weg der Demokratie geht, dann wird sie allen ihren feindlichen Elementen den Vorwand zu Putschversuchen nehmen und die Demokratie in Bulgarien viel sicherer verankern als durch irgend ein Außerordentliches.

Die Vertreter der bulgarischen Sozialdemokratie an der von der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale einberufenen Konferenz der sozialistischen Parteien der Balkanländer in Bukarest am 11. bis 13. März 1924 erklären, daß die sozialdemokratische Partei Bulgariens im Sinne der vorliegenden Erklärung zu arbeiten gewillt ist, und daß sie alle ihre Kräfte einsetzen werden, um die Aktion der Partei in diesem Sinne möglichst kraftvoll zu gestalten. Sie hoffen, daß die Bruderparteien in der sozialistischen Arbeiter-Internationale zu der bulgarischen sozialdemokratischen Partei das Vertrauen haben werden, daß sie ihre Arbeit im Dienste der Herstellung der Demokratie in Bulgarien und der Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse in diesem agrarischen Lande zu leisten vermöge.

Janco Salasoff. Assen Zankoff. Dimitr Reikoff.

Der Hamburger Kongreß im Mai 1923 hat beschlossen, zur eingehenden Durchberatung der nationalen Probleme der Balkanländer besondere Konferenzen der sozialistischen Parteien dieser Länder anzuberaumen. Es war daher selbstverständlich, daß die Konferenz in Bukarest benützt wurde, um auch diese Probleme zu klären, umso mehr, da die Entwicklung der politischen Gegensätze in der allerletzten Zeit die Gefahren außerordentlich gesteigert hat. Nach außerordentlich tiefgehenden Darlegungen der Genossen Zankoff (Bulgarien), Topalovic (Jugoslawien), Pistiner (Rumänien) und einer Diskussion, an der sich alle Delegierten beteiligten, konnten die Vertreter der Internationale als gemeinsame Auffassung der an der Konferenz vertretenen Genossen folgende Gesichtspunkte hervorheben:

Die bedrohliche Entwicklung der Verhältnisse auf dem Balkan zeigt wieder von neuem, daß es den imperialistischen Siegern im Weltkrieg nicht gelungen ist, durch ihre sogenannten Friedensverträge zu einer wirklichen Regelung der schweren nationalen Probleme Europas zu gelangen.

Der nun abgeschlossene Vertrag zwischen Italien und Südslawien hat

die Probleme des Adriatischen Meeres zu einem gewissen Abschluß gebracht, aber er hat gleichzeitig die Gegensätze bezüglich des Ägäischen Meeres verschärft und unmittelbar gefährdender gestaltet. Südslawien hat in der Adria Konzessionen gemacht; seine Imperialisten werden nun alle Gelegenheiten ausnützen, um sich durch das Vordringen auf dem Weg gegen Saloniki schadlos zu halten. Dabei dienen ihnen die Gerüchte über Einfälle mazedonischer Komitastsi aus Bulgarien in Südslawien als willkommenes Vorwand, um die Erregung zu steigern. Mit Genugtuung können die Delegierten der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale feststellen, daß die antwefenden Vertreter der Parteien Bulgariens, Südslawiens und Rumäniens vollständig einig sind in dem Willen, der Kriegsgefahr mit allen ihren Kräften zu begegnen, und auch durch ihre Aussprache sich eine weitgehende Übereinstimmung über die ihnen allen gemeinsamen Richtlinien für die Erfüllung dieser Aufgabe ergeben hat. In den Siegerländern, in Jugoslawien und Rumänien werden die Sozialisten nicht nur alle in der Absicht der Erweckung feindseliger Stimmungen und der bewußten Erzeugung einer Kriegsatmosphäre gelegenen Veröffentlichungen der Chauvinisten und des offiziellen Imperialismus demaskieren, sondern auch direkt dem Imperialismus mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften entgegenzutreten und eine friedliche Verständigung in allen freitigen Fragen zu erreichen suchen. Die Aufgabe der bulgarischen Sozialisten ist es, diese Aktionen in den Siegerländern, soweit als irgend möglich, zu erleichtern und daher vor allem dahin zu wirken, daß in Bulgarien nichts geschieht, was von den Imperialisten der Nachbarländer als Vorwand zu Interventionen angesehen werden kann.

Eine der gemeinsamen Sorgen aller an der Konferenz beteiligten Parteien ist das mazedonische Problem. Vor allem werden die jugoslawischen Sozialisten die Amnestie aller mazedonischen Flüchtlinge und die Ermöglichung ihrer Rückkehr in ihre früheren Wohnsitze verlangen, aber auch mit Rücksicht auf die materielle Notlage dieser Flüchtlinge den Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen Existenz durch staatliche Unterstützung fordern. Die Vertreter der rumänischen und jugoslawischen Parteien betrachten es als eine Selbstverständlichkeit, daß sie für die volle politische Gleichberechtigung und für die Sicherung der nationalkulturellen Entwicklung der nationalen Minderheiten im Sinne der Beschlüsse des Hamburger Internationalen Sozialistischen Kongresses eintreten.

Die Vertreter der drei sozialistischen Parteien sind überzeugt, daß, wenn es ihnen gelingt, ihre Regierungen zur Beachtung dieser Grundzüge und zu einer Politik in dieser Richtung zu bringen, der wieder drohende Krieg vermieden werden kann. Sie wissen aber sehr gut, daß die Gefahren, die aus den Verwicklungen am Balkan drohen, von den imperialistischen Mächten außerhalb des Balkans für ihre Interessen ausgeführt und durch sie vermehrt werden. Sie wenden sich daher an die sozialistischen Parteien außerhalb des Balkans, um sie in diesem kritischen Momente zur größten Wachsamkeit aufzurufen, damit die Politik jener Staaten nicht die Kriegsgefahr am Balkan vergrößere. Die gespannte Lage am Balkan macht es notwendig, daß in kurzer Zeit eine neue gemeinsame Besprechung der sozialistischen Parteien der Balkanländer stattfindet. Der überaus gute Erfolg an gegenseitiger Aufklärung und Klarstellung gemeinsamer Richtlinien, die in der Bukarester Konferenz bei Behandlung dieser schwierigen Fragen in Erscheinung trat, erhöht die Hoffnung, daß es den sozialistischen Parteien gelingen wird, in praktischer Arbeit durch Lösung der einzelnen Probleme allmählich zur vollständigen Lösung des großen balkanischen Gesamtproblems auf friedlichem Wege zu gelangen.

**Genossen!**  
**Verbreitet die**  
**Arbeiterpresse!**



### Die Frage der Errichtung national geteilter Ortschulräte.

Auf Grund des Gesetzes vom 9. April 1920, Nr. 292 sind die bisherigen Ortschulräte aufgelöst worden. An ihre Stelle treten neue Ortschulräte, die nach §§ 20 u. 21 dieses Gesetzes zu einem Drittel aus Vertretern der Lehrerschaft, zu zwei Dritteln aus Vertretern der Bevölkerung zusammengefasst wurden. Letztere werden auf die einzelnen politischen Parteien nach dem Grundsatze des Verhältniswahlrechtes verteilt.

In Mähren mussten bisher in jeder Schulgemeinde, in der sich Schulen beider Nationen befanden, auf Grund des im Jahre 1905 beschlossenen Ausgleichsgesetzes auch zwei national vollständig getrennte Ortschulräte gebildet werden. Die Frage, ob die nationale Trennung der Ortschulbehörden durch das neue tschechoslowakische Schulaufsichtsgesetz beibehalten oder aufgehoben wurde, bildete bei der Durchführung des Gesetzes eine Streitfrage zwischen beiden Nationen. Das Gesetz selbst sagt im § 20 ausdrücklich, daß die Vertreter der Schule von der Konferenz der Lehrerschaft an der Schule mit gleicher Unterrichtssprache gewählt werden und daß die Lehrer der Schulen und die Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten, soweit sie nicht gewählte Mitglieder des Ortschulrates sind, sich an den Sitzungen des Ortschulrates gleiche Sprache mit beratender Stimme beteiligen.

Daraus wurde auf deutscher Seite mit Recht gefolgert, daß in Orten mit Schulen beider Sprachen unter allen Umständen zwei Ortschulräte bestehen müssen, denn wenn grundsätzlich in jeder Gemeinde nur ein national gemischter Ortschulrat errichtet werden sollte, hätte die angeführte Vorschrift des § 20 des Gesetzes Nr. 292/20 keinen Sinn. Mit dieser Auffassung im Widerspruch stehen aber die Vorschriften der Durchführungsvorordnung zu diesem Gesetz, nämlich jene der Regierungsverordnung vom 6. November 1920, Nr. 605. Diese bestimmt im § 5, daß in jeder Schulgemeinde in der Regel ein einziger Ortschulrat errichtet wird und es im freien Ermessen des Vorsitzenden des Landeschulrates liegt, darüber zu entscheiden, ob der nationalen Minderheit — insofern für sie nicht eine staatliche Minderheitsschule errichtet worden ist, die unter allen Umständen einen nur aus Vertretern der nationalen Minderheit zusammengesetzten eigenen Ortschulrat besitzt — ein selbständiger Ortschulrat zu bewilligen ist oder nicht.

In Ausübung des ihm in der Verordnung Nr. 605/20 zugesprochenen Rechtes hat nun der Vorsitzende des mährischen Landeschulrates für Ostrau, Pövoz, sowie für Olmütz die Errichtung eines eigenen Ortschulrates abgelehnt, für Witkowitz jedoch bewilligt. In allen diesen Fällen wurden von den Vorsitzenden der aufgelösten Ortschulräte die Beschwerden an das Ministerium erhoben. Dieses wies die Beschwerden der deutschen Ortschulratsobmänner: von Ostrau und Olmütz ab, gab jedoch dem Rekurs des tschechischen Ortschulrates für Witkowitz statt und entschied, daß in dieser Stadt keine besonders berücksichtigungswürdigen Gründe dafür sprechen, daß ein eigener deutscher Ortschulrat errichtet werden sollte.

Diese Entscheidung wurde umso mehr als eine schwere Rechtsungleichheit empfunden, als die Minderheitsschulen — wie schon erwähnt — nach dem Gesetz in allen Orten Ortschulrats-Ausschüsse haben, die nur aus Vertretern der betreffenden nationalen Minderheit bestehen. Weil es nun in Wäheren nicht eine einzige deutsche, sondern lauter tschechische Minderheitsschulen gibt, kommt der Vorteil dieser Bestimmung ausschließlich tschechischen Schulen zu gute, die ausnahmslos unter nationaler Selbstverwaltung stehen, während durch die erstlossene Entscheidung des Schulministeriums sogar den Schulen so bedeutender deutscher Minderheiten, wie sie sich in Ostrau, Olmütz und Witkowitz befinden, des Vorteiles eines eigenen deutschen Ortschulrates entbehren und unter die Verwaltung einer Ortschulbehörde gestellt werden sollen, die zu zwei Dritteln aus Angehörigen der tschechischen Nation besteht.

Es wurde daher in allen diesen Fällen die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht überreicht. Die Verhandlung über die Beschwerden der ehemaligen Vorsitzenden der Ortschulräte Ostrau und Witkowitz war für den 28. ds. anberaumt und der Entscheidung wurde angesichts ihrer grundsätzlichen Bedeutung von beiden Seiten mit der größten Spannung entgegengeesehen. Leider brachte sie nicht die gewünschte Klarheit. Das Oberste Verwaltungsgericht ging nämlich der sachlichen Entscheidung über den Streitfall aus dem Wege und ließ sich nur auf eine formelle Prüfung der Beschwerde ein. Sie wurde mit der Begründung zurückgewiesen, daß die beschwerdeführenden Ortschulratsobmänner in ihren subjektiven Rechten nicht verletzt worden sind und daher zur Beschwerdeführung nicht legitimiert seien. Infolgedessen unterließ die Entscheidung darüber, ob die Beschwerde sachlich im Rechte ist oder nicht.

Dazu ist zu bemerken, daß in Ostrau und Witkowitz die Beschwerde nur von den gewesenen Ortschulrats-Obmännern geführt werden konnte, weil auch nur sie von der Abweisung des Begehrens nach Errichtung eines eigenen deutschen Ortschulrates in Kenntnis gesetzt worden waren. In Olmütz war dieses Begehren von den deutschen Parteien gestellt worden und an sie war auch die Entscheidung ergangen. Daher wurde für Olmütz an das Oberste Verwaltungsgericht auch von allen deutschen Parteien die Beschwerde gefertigt. Diese wurde tatsächlich durch die Verweigerung der Errichtung eines eigenen deutschen Ortschulrates in ihren Rechten insofern beeinträchtigt, als sie dadurch in die Minderheit gedrängt und um das freie Entscheidungsrecht in den dem Ortschulrat

nach dem Gesetze zukommenden Angelegenheiten gebracht werden.

Die Verhandlung über diese Beschwerde wird am 24. April stattfinden. Man darf gespannt sein, ob unter diesen Umständen das Oberste Verwaltungsgericht auch den deutschen Parteien die Beschwerdelegitimation wird absprechen können.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Der unermüdblich Trommler.

Berlin — 18. März 1848.

Nahe dem Schlosse vorm Hause d'Heureuse  
Hastiges Hämmern, dumpfes Getöse.  
Stangen! Steine! Balken und Bohlen!  
Nun drauf, Berliner, euch Recht zu holen!  
Schericht Kartätschen, Knacht, Granaten,  
Feuert, stürmt, verruchte Soldaten,  
Die Barrikade ergibt sich nicht! —  
Trotz glüht jedem im Angesicht.

Einer aber, hoch, allein,  
In magisch blauem Mondenschein,  
Den Trommelgurt um die Bluse gelegt,  
Schwingt er die Schloegel, trommelt und schlägt.  
Wie einen Zauberer sieht man ihn stehn,  
Keiner hat ihn früher gesehn.  
Und die Trommel, wie sie ehern erklingt,  
Wie sie Empörung und Aufmühr fängt.  
Drei Stunden donnern durch Lärm und Dampf,  
Der Trommler trommelt urewigen Kampf,  
Von Kugeln umpfiffen, von Flammen umflact,  
Trommelt und schlägt er rebellischen Takt.

Da schweigen die Flinten, da ist es vorbei,  
Keine Kugel im Lauf, kein Bröcklein Blei.  
Nun steigt von der Barrikade,  
Nun bittet die Sieger um Gnade.  
Da schweigen die Flinten, da ist es vorbei,  
Der unermüdblich Trommler.

Doch jählings schlägt durch die bangende Stille  
Der Trommler die Trommel, da redt sich der Wille,  
Da redt sich der Stolz: Und lieber sterben,  
Oh daß uns Mut und Mannheit verderben.  
Kartätschen kreischen, Granaten knochen,  
Herzen sinken in blutige Lachen.

Doch weiter, ein ewiger sieghafter Klang,  
Braust durch die Nacht der Trommelgesang. —  
Ob ihr auch nicht den Trommler seht,  
Er ist nicht verschwunden, er lebt, er steht,  
Ist auch Ohr und Seel' euch taub,  
Er trommelt ewig durch Stein und Staub. —  
Und wo noch ein Großer zur Größe gekommen,  
Der hat ihn gesehn, der hat ihn vernommen,  
Den unermüdblichen Trommler.

Josef Saitpold.

### „Europa weiß von uns!“

Unter diesem Leitfah haben wir vor kurzem an dieser Stelle die Eigenartigkeit unserer gegenwärtigen Eisenbahnen beleuchtet und an dem Beispiel der Verbindung Prag—Buda zu erkennen vermeint, daß hier ein unglücklicher Zufall einen ganzen Landstrich — möglicherweise deshalb, weil er ein deutscher ist — übersehen ließ. Heute müssen wir leider feststellen, daß auf Grund neugewonnener Erfahrungen hier nicht der Zufall, sondern ein System am Werke ist. Der Ort, von dem wir heute berichten wollen und dessen mittelalterliche Verträmmtheit unsere Eisenbahnverwaltung pietätvoll zu unterstützen sucht, heißt Theusing. Dieser westböhmisches Flecken liegt von Buda immerhin eine beträchtliche Anzahl von Kilometern entfernt, was aber nicht hindert, daß er mit Buda das Bech gemeinsam hat, durch die Bahnstrecke Karonik—Pelschau erschlossen zu werden. Nach Theusing, das von Prag 154 Kilometer entfernt ist — wenn man nicht den gegenwärtig durch die Eisenbahnbürokratie vorgeschriebenen Umweg machen muß — benötigt man im allgemeinen acht einhalb Stunden über Karlsbad, in welcher Stadt man z. B., von Prag kommend, von 3.15 bis 4.15 morgens zur Auffrischung des Gemütes nach durchgehener Nacht sich in einem Nachlokale erholen darf, damit man nicht, spazieren gehend, in den polizeilichen Verdacht der Bagabondage kommt. Gegebenenfalls aber auch zehn Stunden 15 Minuten, wenn man von Theusing über Karlsbad nach Prag zurückkehrt, oder 11 Stunden 40 Minuten, wenn man über Marienbad zurückfährt. Man darf hierbei — der Natur Schönheiten halber — in Pelschau drei Stunden lang das Grafenschloß von außen besichtigen — hinein darf man nicht — oder in der Bahnhofrestauration Fliegen fangen und ferner in Marienbad sich in aller Ruhe dreieinhalb Stunden lang dem Kurgenuß hingeben. (Wie man sieht, ist die Bahnverwaltung um das leibliche Wohl der Reisenden sehr besorgt.) Daß man freilich einst in „der guten alten Friedenszeit“ auch direkt über Karonik Theusing von Prag aus erreichte, daß man auch in der Lage war, dort sich längere Zeit aufzuhalten, um den Reisezweck auch zu erfüllen und noch am gleichen Tage wieder zurückzukehren — ist freilich in Vergessenheit geraten — davon wissen nur alte Theusinger zu erzählen, wenn ihre Kinder sie um ein Märchen bitten.

Daß hier wirklich ein System vorliegt, das von der Bevölkerung die opferwillige Hingabe kostbarer Zeit und nicht weniger kostspieligen Reisegeldes verlangt, möge nicht nur das Rechenbeispiel (154 Kilometer in 11 Stunden 40 Minuten, also 13 Kilometer in der Stunde), sondern eine Menge ansehnlicher Nebensächlichkeiten beweisen. Die erste Kleinigkeit: In den Gasthäusern Theusing findet man am Donnerstag als frischeste Zeitung die vom vergangenen Sonntag. Die zweite Kleinigkeit: In dem Orte gibt es unter anderen Betrieben auch ein Sägewerk. Hausner heißt der Inhaber, den wir hiemit als Repräsentant dieser nicht mehr europäischen Bahnverbindung an den Pranger stellen. Er zahlt heute noch seinen Arbeitern Löhne von 120 bis 140 Hellern für je eine Stunde gefahrvoller Arbeit an der Kreissäge! Von diesen Arbeitern ist keiner gewerkschaftlich organisiert, weil sie, wie sie sagen, die Mittel nicht aufbringen können, um die Organisationsbeiträge zu zahlen.

Die dritte Kleinigkeit: In diesem Orte, der wohl kaum mehr als 500 Familien zählen dürfte, gibt es 17 Schuhmachermeister, von denen, wie die Ortsbewohner sagen, „einer den andern auffrischt“. Das ist nicht zu verwundern, zumal den Bewohnern außerdem noch eine Schuhfabrik zur Verfügung steht.

Wir lenken die Aufmerksamkeit aller, die es angeht, auf diese Zustände, die alles nur nicht demokratisch, alles nur nicht im Interesse der Beschloßenen gelegen sind.

# ERFOLG

werden wir nur dann erzielen, wenn alle Genossen und Genossinnen keine Mühe scheuen und überall — in Werkstatt und Wohnung — für die Organisation und für die Zeitung werden! Lasset uns die

## „Werbewoche“

zur Stärkung unserer Organisationen und unserer Presse benützen!

**Außenminister Dr. Benes in Bern.** Minister des Aeußern Dr. Benes traf Sonntag vormittags von Genf in Bern ein. Zu seinem Empfang hatte sich der Gesandte Dr. Flieder am Bahnhofe eingefunden. Etwa eine Stunde später begab sich Dr. Benes in das Bundeshaus, wo er in Abwesenheit des Bundespräsidenten Chuard vom Vortsteher des politischen Departements Bundesrat Wotta in seinem Arbeitskabinette empfangen wurde. Zwischen den beiden Staatsmännern entspann sich ein Meinungsaustrausch über verschiedene Völkerbundsangelegenheiten und über alle europäischen Probleme, die gegenwärtig im Vordergrund des politischen Interesses stehen. Dr. Benes ist gestern früh von Bern wieder abgereist.

**Umbau im Parlamentsgebäude.** Während der Sommerferien wird die Orgel, die sich noch immer im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses befindet, abmontiert und nach Brünn gebracht werden. Nach der Abmontierung der Orgel wird auch an einen Umbau der Parlamentsstraße geschritten werden. Die Parlamentsstraße erwies sich zu klein. Nunmehr wird die Straße um einen Meter erweitert werden. Die Ministerbank wird ausgeschweift und nach vorne geschoben werden. Der Platz des Ministerpräsidenten wird nach dem Wiener Muster etwas aus der Reihe der Ministerbank heraus hervorgehoben. Eine Stufe höher werden die Sitze für die Regierungsvertreter aufgestellt werden. Das Rednerpult wird auch weiterhin von zwei Plätzen für die Richterflatter flankiert bleiben. Links und rechts vom Rednerpult werden Bänke für die Beamten der amtlichen Korrespondenz und des Dolmetscherdienstes geschaffen werden. Die Beamten des Sekretariates werden in einer Bank unterhalb den Sitzen der Vizepräsidenten sitzen, nicht mehr wie bis jetzt links vom Präsidentensitz in derselben Reihe mit den Sitzen der Vizepräsidenten. Die Zwischenräume zwischen den einzelnen Plattformen werden erweitert werden, wodurch das Gedränge auf der Straße vermieden werden wird.

**Haubüberfall.** Der Häusler Eduard Meier in Schönwald bei Friedland wurde dieser Tage von einem unbekannten Mann in seiner Wohnung überfallen und durch Schläge mit einem stumpfen Gegenstand auf dem Kopfe betäubt. Sodann festelte der Täter den Häusler an Händen und Füßen und warf ihn durch das Giebelfenster in den Hof. Glücklicherweise fanden vorübergehende Arbeiter den Schwerverletzten und nahmen die Verfolgung des Täters auf, der durch die rückwärtige Haustür die Flucht ergriffen hatte. Der Täter wurde eingeholt und verhaftet, verteidigte doch seinen Namen zu nennen.

**Bei lebendigem Leibe verbrannt.** Die 78jährige Greisin Marie Wikes in Prag-Rusle litt seit längerer Zeit an Rheumatismus und machte sich häufig mit Spiritus oder Petroleum angefeuchtete Umschläge, die sie sich auf dem Ofen wärmte. Bei dieser Gelegenheit hat Sonntag ein Umschlag Feuer gefangen, das rasch auf die Kleider der Greisin übergriff und dieselbe, ehe ihr Hilfe geleistet werden konnte, verbrannte.

**Prager Selbstmordchronik.** Der Tischler J. Pospisil aus Smichow mietete sich Sonntag auf dem Pkentschplatz in Rusle eine Antrodrafte; nach längerer Fahrt jagte er sich eine Kugel in die Schläfe. — Der Student B. Konterevskij aus der Ukraine hat sich in seiner Wohnung erschossen. Ursache

ist unbekannt. — In Prag-Neustadt hat sich die 26-jährige Aspirantin der Pharmazie Paula Lamel aus Freitald in Schlesien mit Veronal vergiftet. — Die 44jährige Monteursfrau Albine Persova in Bubenz hat sich wegen eines unheilbaren Leidens erhängt. — Dr. Paul Drexler vergiftete sich am Samstag. Die Ursache der Tat ist nicht bekannt.

**General Pells gestorben.** Sonntag ist in Loulon General Pells gestorben. General Pells stand im 61. Lebensjahre. Seine militärische Laufbahn hat er als Artillerieoffizier begonnen. Zu Beginn des Krieges wurde er mit dem Kommando des fünften französischen Armeekorps betraut. Im Frühjahr 1918 drohte, so meldet das zum Tode Pells, bei St. Quentin eine vollkommene Desorganisation der alliierten Front. Die ganze Gegend an der Duse war von den Deutschen bedroht. Bei Royon stellte Pells die Front wieder her und brach den Ansturm der Deutschen. General Pells hat dann nach Kriegsende die tschechoslowakische Armee organisiert. In Konstantinopel und bei den Verhandlungen über den Kaufmannvertrag hat er sich als gewandter Diplomat erwiesen. Er war mit einer Tschechin verheiratet.

**Verhaftung eines bekannten Pazifisten in München.** Der bekannte Pazifist Professor Dr. Quibde wurde am Sonntag auf Anordnung der Staatsanwaltschaft München verhaftet. Die Festnahme geschah im Zusammenhang mit seiner Veröffentlichung in der „Welt am Montag“ am 10. d. Die gleiche Abhandlung hat Quibde auch als Flugblatt drucken lassen und an die Presse des Auslandes gesendet.

**Der Gummiwüppel als Kampfmittel gegen jugendliche.** Etwa 500 Mitglieder der kommunistischen Jugend, die am Sonntag in Berlin von einer Liebesfeier kamen, zogen in geschlossenen Reihen und die „Internationale“ singend, durch mehrere Straßen im Osten Berlins. Da sie sich trotz wiederholter Aufforderung zum Auseinandergehen nicht auflösten, gingen Polizeibeamte unter Anwendung des Polizeiknüppels vor und zerstreuten die Teilnehmer. Zwölf Personen wurden festgenommen und der Polizeibehörde vorgeführt.

**Münchner Polizei stört eine Märzfeier.** Aus Anlaß einer Märzfeier des Republikanischen Reichsbundes, die am Sonntag in München stattfand, wurde ein demonstrativer Zug der Teilnehmer von der Polizei aufgelöst. Mehrere Demonstranten wurden verhaftet und einige schwarz-rot-goldene Fahnen beschlagnahmt.

**Verhaftung eines bayerischen Kaufmanns.** Der bayerische Landtagskandidat A. K. N. er, der in einer öffentlichen Versammlung für den Fall der Beurteilung Hitlers und Ludendorffs mit Ausschaltungen drohte, wurde verhaftet.

**Ein erfolgreiches Ultimatum der Berliner Theatermusiker.** Wie die Blätter berichten, überreichten Sonntag in den meisten Berliner Operntheater und in der Volkoper die Musiker ein 24stündiges Ultimatum, worin sie 100prozentige Gehaltsregulierung verlangten. Da dies erst knapp vor der Vorstellung geschah, sahen sich die Theaterdirektoren genötigt, die Forderungen zu bewilligen.

**Mit gezogenem Säbel gegen Arbeiter — der Ausklang der Belagerung in Budapest.** Die sozialdemokratische Partei Ungarns veranstaltete Sonntag nachmittags in Budapest vor dem Belagerungsturm auf dem Donauquai eine Märzfeier, an der etwa 8000 Personen teilnahmen. Nach der Feier formierten sich etwa 1500 Personen zu einer Gruppe und zogen über die Rossuthasse und Rossocistrasse, wobei sie die Marceillaise singend, in Hoftrause auf Michael Karolvi und Bela Kun ausbrachen. Bei dem Versuch herrittener Polizei, die Demonstranten zu zerstreuen, wurden Steine gegen sie geworfen. (Die übliche Ausrufe. Ann. der Red.) worauf sie vom Leder zog und die Demonstranten jurid drängte. Es wurde niemand verletzt. Es kam auch zu keinen Verhaftungen.

**Der französische Senat billigt Bessarabiens Angliederung an Rumänien.** Im französischen Senat wurde die Konvention betreffend den Anschluß Bessarabiens an Rumänien ratifiziert.

**Sowjetrußland gibt sich mit der Lösung der Bessarabischen Frage nicht zufrieden.** In dem am Dienstag folgenden russischen Städten und Dörfern werden Volksversammlungen als Beweis der Sympathie zur Bessarabischen Bevölkerung veranstaltet, in deren die Forderung aufgestellt wird, daß das rumänische Militär Bessarabien räume.

**Zur Eröffnung der britischen Reichsausstellung.** Das Bureau der britischen Reichsausstellung teilt mit, daß das Datum der Ausstellungseröffnung zwar noch nicht amtlich mitgeteilt werden kann, man hoffe jedoch, daß die Ausstellung dem Publikum bereits am 23. April zugänglich sein wird.

**Flammentod von 33 Arbeitern.** Daily Mail meldet aus Mailand, daß die Händhölzchenfabrik in Rouco Canabese durch eine Explosion vernichtet wurde. 33 Arbeiter kamen in den Flammen ums Leben. Eine große Anzahl von Arbeitern wurde verletzt.

**Die Flucht der Sultansfamilie.** Den Pariser Blättern wird aus Beirut gemeldet, daß etwa 50 Prinzen und Prinzessinnen der Sultansfamilie sowie die Frau des verstorbenen Sultans Abdul Hamid aus Konstantinopel dort eingetroffen sind. **Erdbeben auch in Chile.** Sattlermeldungen aus New York zufolge fand in Santiago de Chile ein Erdbeben statt. Diebezügliche Einzelheiten sind noch nicht eingelangt.



Neues Erdbeben in Peru. Die Blätter melden aus Peru, daß dort ein neues Erdbeben gewütet habe, wobei zahlreiche Menschenleben zu beklagen sind. Weitere Meldungen stehen noch aus.

Ein Scheckfälscher. Die Wiener Polizeidirektion meldet, daß bei der Wiener Polizeidirektion aus Berlin die Mitteilung eingetroffen ist, daß dort der 24jährige Pianist Gustav Liebergessell verhaftet und dem Gerichte übergeben worden ist. Liebergessell hat im November des vorigen Jahres mit Hilfe von zwei, inzwischen verhafteten Komplizen einen auf die Nationalbank lautenden Scheck von einer Million auf eine Milliarde gefälscht, und ist nach Behebung dieses Betrages verschwunden.

Die Entwicklung des Berliner Sicherheitsdienstes. Schon vor einiger Zeit wurden im Zentrum Berlins an wichtigen öffentlichen Gebäuden oder an Straßenmündungen in der Nähe lebenswichtiger öffentlicher Betriebe Feuermeldeapparate ähnliche Apparate bemerkt. Nur die wenigsten hatten Sinn und Zweck dieser Einrichtung erkannt. Es handelt sich bei diesen Apparaten um die neuen Polizeimelder. Die Firma Siemens u. Halske stellte vorläufig 30 dieser neuen Alarmapparate auf, deren Verwendungsfähigkeit für die Sicherheitsorgane der Stadt durch den Polizeipräsidenten und den Kommandeur der Schutzpolizei einer Prüfung unterzogen werden. Jeder Beamte der Schutzpolizei hat für diese Einrichtung einen Schlüssel, mit dem der Apparat, in dem sich ein Telephon befindet, geöffnet werden kann. Dadurch kann sich der Beamte jederzeit mit seiner Wache verständigen, aber auch in aller Eile durch einen Griff am Schloß einen Hilferuf weitergeben. Sollte sich die Eignung der Apparate herausstellen, so ist die Ausdehnung der Anlagen über ganz Berlin nur noch eine Frage der Zeit.

Der französische Dampfer „Volite Worms“ ist infolge eines Anstoßes an der französischen Küste bei Le Havre aufgefahren und gescheitert. Die Mannschaft wurde gerettet.

Auffindung von Braunkohlenlagern in Polen. In der Gegend von Sosnowice ist man, wie der Ost-Express meldet, in einer Tiefe von 30 Meter auf umfangreiche hochwertige Braunkohlenlager von 1,15 Meter Stärke gestoßen.

Ein englisches Schiff führerlos in der Nordsee. Seit ungefähr 17 Tagen treibt das frühere englische Schiffschiff „Sutley“ führerlos in der Nordsee umher. Am 29. Februar rief sich das im Umbau befindliche Schiff, ein Kreuzer von 12.000 Tonnen, los. Auf dem Kreuzer befinden sich zurzeit zehn Mann, die aber nicht genügen, das Schiff in den Hafen zu manövrieren. Auch der Proviant der Besatzung ist knapp.

Die Katastrophe des Calais-Nizza-Express. Ueber das Unglück, das, wie gemeldet, den Calais-Nizza-Express betroffen hat und bei dem drei Personen getötet und 24 verwundet wurden, berichten englische Blätter folgende Einzelheiten: Der Unglückszug war der Rapide Nr. 17, der den Gare de Lyon, Paris, um 8 Uhr 10 Minuten abends fahrplanmäßig verlassen sollte. Vor Lyon ist eine große Weiche des Grands Voies, wo der Zug die Hauptlinie verläßt und über die Route Colonges-St. Clair nach Lyon-Voreaux geht. Bei Verspätung wird er als Rapide Nr. 19 geführt, folgt aber dann der Hauptlinie bis Lyon-Perrache. In diesem Falle müssen aber die betreffenden Instruktionen schon in Paris hinausgegeben werden. Das Unglück wurde durch eine verhängnisvolle Unklarheit über die Route des Zuges verursacht, denn er war diesmal mit einer halbstündigen Verspätung von Paris abgegangen und der Lokomotivführer war der Meinung, daß er bei Grands Voies, wo man gegen 4 Uhr morgens ankam, nicht abzweigen habe. Er überfuhr daher mit unverminderter Geschwindigkeit von 50 Meilen in der Stunde die Weiche, seinen Irrtum zu spät erkennend. Als er das vor der Kurve aufgestellte Signal „Langsam fahren!“ sah, war er nicht mehr in der Lage, rechtzeitig zu bremsen. Die Folgen waren katastrophal. Der schwere Zug, der mit voller Wucht darauf losfuhr, konnte die Kurve nicht nehmen, die Maschine sprang aus dem Geleise, stürzte, und hinter ihr türmten sich die Waggons. Der Gepäckwagen kam zu unterst und wurde vollständig zertrümmert, der Speisewagen stellte sich senkrecht auf, der erste Schlafwagen war aus den Geleisen gerissen, doch im ganzen nicht arg hergenommen, aber der zweite erschien wie in die Luft geschossen und war trachend zu Boden gestürzt und hier war es, wo sich die meisten Unfälle ereigneten. Zum Glück im Unglück konnte Hilfe bald einsehen. Mit Automobilen war man von den nahen Lokalisationspunkten herangeeilt und hatte die Verwundeten aus ihrer verzweifeltsten Lage befreit und sie auf eine Klinik gebracht. Inzwischen hatte ein Teil des Zuges zu brennen begonnen, und da mußte auch die Lyoner Feuerwehr zu Hilfe gerufen werden. Polizeimannschaft war beauftragt, die zerstreutesten Wagen nach den Verletzten zu den verletzten Passagieren abzuführen. Sie lafen eine große Zahl von Handtaschen und Schmuckstücken auf, die Jeweils in einem Gesamtwert von mehr als 40.000 Pfund enthielten. Ueber die Ursache der Katastrophe wird erst eine eingehende Untersuchung Klarheit bringen. Wie bekannt ist, der Lokomotivführer, der gleichfalls Verletzungen davongetragen hat, verhaftet worden.

Großes Kanalprojekt in Finnland. Die von der finnischen Regierung mit der Frage einer Ausdehnung von Finnlands internationalen Verbindungen betraute Kommission legt ein umfassendes Projekt für ein Kanalsystem vor, das sich vom Ladoga-See bis zum finnischen Meerbusen erstrecken soll. Die Ausführung des Planes wird 75 Millionen finnische Mark erfordern.

Räuberunwesen in Ostböhmen. Die Sowjetzeitungen veröffentlichen eine Meldung aus Ladibowitz, wonach am 28. Februar 200 Räuber, denen

sich hinesische Soldaten angeschlossen hatten, ein ostböhmisches Dorf überfielen, die Häuser in Brand steckten, die Männer töteten und die Frauen vergewaltigten. Die Soldaten der Tscheka verhinderten die Riederholung der ganzen Bevölkerung und töteten dreißig der Angreifer. Die anderen ergriffen die Flucht, auf der sie noch zwei weitere Dörfer heraus. Russische Grenzwächter töteten in einem Zusammenstoß weitere zwanzig Räuber. Wie die Tschekaja berichtet, war diese Bande, die von einem hinesischen Offizier befehligt wurde, sehr gut ausgerüstet. Sie besaß u. a. vier Feldkanonen der hinesischen Armee.

Das Internationale Schachturnier in New York hat Sonntag begonnen. Das Mataw zwischen Kanowitsch und Capablanca wurde nach 20 Zügen für unentschieden erklärt.

Ausstellung von Sowjetbüchern. Auf der Frühjahrsausstellung der Prager Buchmesse wird auch eine Ausstellung von Sowjetbüchern veranstaltet. Mehr als 5000 Bücher, welche im Laufe der letzten fünf Jahre auf dem Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken herausgegeben wurden, sind im Stand 21 im rechten Flügel des Hauptpavillons untergebracht. Die Ausstellung ist vom Gosizdat (Staatslicher Verlag) veranstaltet. Es sind Bücher der verschiedensten Disziplinen wie soziologische, technische, medizinische, naturwissenschaftliche, Schulbücher, Musikalien, belletristische Literatur und außerdem einige Lektüreabgaben über Kunstgeschichte ausgestellt.

Wetterübersicht vom 17. März. Am Sonntag trat eine Erwärmung ein. In Südböhmen ist die Temperatur auf +10 Grad Celsius gestiegen, in Prag betrug dieselbe +7 Grad Celsius. Später gegen Abend begann es zu regnen. In der Nacht hat sich wiederum Frost und Schneefall eingestellt. Tagüber herrschte Sonnenschein. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderliche Bewölkung, tagsüber fast bei vorherrschenden Nordwinden.

### Wirtschaft.

Ein Bericht über Methoden der Unfallstatistik. ist eben vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlicht worden. („Methods of Statistics of Industrial Accidents.“ Studies and Reports, Serie N, Nr. 3. 63 Seiten.) Es wird darin gesagt, daß die Unfallstatistik einem doppelten Zweck dienen soll, nämlich einmal der Beschaffung von Unterlagen über die Art und die Ursachen der Betriebsunfälle, damit Schritte zu ihrer Verhütung unternommen werden können, zweitens der Festlegung der Unfallrisiken, damit die Versicherungs- und Entschädigungsleistungen auf verlässlichen Grundlagen aufgebaut werden können. Die Unterschiede, die in bezug auf die Gesetzgebung über Betriebsunfälle von Land zu Land bestehen ebenso wie die Abweichungen in der Verwaltungspraxis, sind so groß, daß sie für die internationale Normalisierung der Unfallstatistik ein schweres Hindernis bilden. Der Bericht des Internationalen Arbeitsamtes erklärt es wünschenswert, daß die Unfallstatistiken den noch mindestens die Unfälle nach Wirtschaftszweigen, den wichtigsten Anlässen, der Dauer der Erwerbsunfähigkeit, der Schwere und Art der Verletzung und den von der Verletzung betroffenen Körperteilen unterscheiden sollten. Zur Feststellung des Unfallrisikos in verschiedenen Wirtschaftszweigen sind Angaben dieser Art noch nicht genügend, sondern es sind dazu auch Mitteilungen über die Unfallhäufigkeit erforderlich. Necht der Zahl der Arbeiter in einem gegebenen Wirtschaftszweig sollte auch die Zahl der Arbeiter bekannt sein, während der die Arbeiter den Unfallgefahren ausgesetzt sind. Die Erfahrung zeigt, daß lediglich nach dem Arbeiterstand berechnete Zahlen der Unfallhäufigkeit nicht befriedigend sind; eine bessere Grundlage würden die geleisteten Arbeitsstunden abgeben. Auch ist zwischen leichten und schweren Unfällen zu unterscheiden. In dem Bericht wird als Maßstab der Unfallgefährdung die Schwerehäufigkeit empfohlen, wobei jeder Unfall gemäß der Dauer der von ihm verursachten Arbeitsunfähigkeit in Ansaß zu bringen wäre. Diese Schwerehäufigkeit würde für verschiedene Wirtschaftszweige und verschiedene Länder das Verhältnis des Verlustes an Arbeitszeit infolge von Betriebsunfällen zur Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden anzeigen. Bisher ist Schweden das einzige Land Europas, wo derartige Feststellungen gemacht werden. Der Bericht des Internationalen Arbeitsamtes enthält auch Überichten der vorhandenen Unfallstatistiken sowie der in den wichtigeren Ländern bestehenden Gesetzgebung über Betriebsunfälle.

Gewerkschaften und Unfallversicherung. Eine im Sommer 1923 von der englischen Völkerverbündigung veranstaltete Konferenz befaßte sich mit der Internationalen Arbeitsorganisation und deren Aufgaben auf dem Gebiete der Gewerkschaften und Unfallversicherung. Die bei jener Gelegenheit gehaltenen Vorträge sind nun in einer 60 Seiten umfassenden Schrift vom Internationalen Arbeitsamt herausgegeben worden (Kommissionsverlag für Deutschland: H. Preuss, Berlin). Die Vorträge, welche von englischen Sachverständigen gehalten wurden, aber auch außerhalb Englands beachtet zu werden verdienen, betreffen: Die Unfallversicherung in der Industrie, Schutzvorrichtungen an Maschinen, das internationale Zusammenwirken bei arbeitsphysiologischen Untersuchungen, namentlich solchen über das Ermüdungsproblem, die Berufsunfähigkeit und gefährlichen Arbeitsverrichtungen, den Gesundheitszustand der Arbeiterinnen.

Bankkredit und Arbeitsmarkt. In der wirtschaftlichen Produktion wird der Faktor Kapital

durch die Banken beherrscht. Wenn das Währungssystem verfaßt, so ist von dieser Seite Abhilfe zu erwarten. Vor dem Krieg wurde die Politik der Banken nach dem Stand der Reserven eingestellt, das heißt nach dem Verhältnis der gesetzlichen Zahlungsmittelreserven der Zentralbanken zu ihren Depositenverpflichtungen. Das kommt jedoch nicht mehr in Betracht. Was also soll der neue Maßstab zur Kontrolle des Kredits sein, um den besten Interessen der Wirtschaft zu dienen? In einem Artikel der „International Labour Review“, der größtenteils auf J. R. Bellefry's Buch „Control of Credit as a Remedy for Unemployment“ beruht, wird die Auffassung vertreten, daß die Preisbewegung den brauchbarsten Maßstab abgibt. Änderungen der allgemeinen Preislage sind ein für die Lage des Arbeitsmarktes ausschlaggebender Faktor. Je stärker die Preischwankungen sind, desto schwerer werden die Krisen, die jeder Hochkonjunktur folgen. Außer dem Einfluß der Preischwankungen auf dem Arbeitsmarkt und die Produktion gibt es noch viele andere Gründe, welche die Erhaltung einer verhältnismäßig stabilen Preislage wünschbar machen. Preischwankungen verursachen Unrecht in den Beziehungen von Schuldner und Gläubiger, sie wirken auf die Staatsschuld ein und beeinträchtigen entweder die Kreise, welche von festem Einkommen abhängen oder jene Kreise, die wirtschaftlich schwachen. In jedem Fall vermehren sie die sozialen und wirtschaftlichen Reibungsflächen. Die Politik der Banken bei Regelung des Kredits sollte nicht wie in der Vorkriegszeit nach den vorhandenen Vorräten sich richten, sondern vielmehr nach den Bedürfnissen der Wirtschaft, die in den Indizes der Arbeitsmarktlage und der Preislage ihren Ausdruck finden. Wenn dieser Grundfah leitend wird, so ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß eine Ständigerehaltung der Wirtschaftstätigkeit erzielt werden kann, und zwar indem zuerst darauf abgezielt wird, sie anzuregen, und später, wenn der richtige Augenblick gekommen ist, sie auf der erreichten Höhe zu erhalten. Die Befolgung der neuen Richtlinien würde vor allem die fruchtlose Einseitigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet festigen und weiterwirken der Zentralbanken der verschiedenen Länder führen.

Erhöhung der Eisenbahntarife in Polen. Am 16. März sind die erhöhten Eisenbahntarife in Polen in Kraft getreten. Die Erhöhungen betragen im Durchschnitt 100 Prozent und sind stufenmäßig.

Arbeitslosigkeit in Großbritannien. Die Lage des Arbeitsmarktes in Großbritannien noch sehr ungünstig. Obwohl in jüngster Zeit eine Besserung eintrat, waren doch Ende Jänner 1924 noch 8,9 Prozent der Mitglieder der berichtenden Gewerkschaften arbeitslos, verglichen mit 9,7 Prozent Ende Dezember 1923 und 14 Prozent Ende Dezember 1922. Von den in Großbritannien und Nordirland gegen Arbeitslosigkeit verzeichneten Personen waren am 28. Jänner — dem letzten Tag des Eisenbahnerstreiks — 11,9 Prozent arbeitslos, gegen 10,7 Prozent am 21. Dezember und 11,5 Prozent am 26. November 1923. Bei den öffentlichen Arbeitsschweifen waren am 21. Jänner 1924 1.253.000 Personen angemeldet; davon 925.000 Männer und 248.000 Frauen. In vorausgegangenen Zeiten wirtschaftlicher Krisen nahm die Arbeitslosigkeit seinen so bedeutenden Umfang an. So betrug zum Beispiel im Jahre 1904 der höchste Stand der Arbeitslosen sechs Prozent und im Jahre 1908 belief er sich auf 7,8 Prozent. Außerdem kommt in Betracht, daß diesmal die Krise von außerordentlich langer Dauer ist; der Winter 1923—24 ist schon der vierte mit außerordentlich gehiegriger Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosenhilfe in den Vereinigten Staaten von Amerika. In der Zeitschrift „Industrial and Labour Information“ (herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt) werden auszugswweise die Ergebnisse einer Erhebung über Arbeitslosenhilfe veröffentlicht. Die in zwei amerikanischen Städten durchgeführt wurde. Es handelt sich um die Orte Springfield im Staat Massachusetts und Racine im Staat Wisconsin. Angaben liegen über 366 Arbeiter vor, von denen etwa zwei Drittel zwölf Monate oder länger arbeitslos waren. Mit Ausnahme von vieren, waren alle diese Arbeiter in der Lage, während des Mangels einer ständigen Beschäftigung zeitweise etwas zu verdienen, sei es bei gemeindlichen Notstandsarbeiten oder sonst bei vorübergehender Beschäftigung. In vielen Fällen waren die früher nicht außer Hause arbeitenden Familienmitglieder zur Aufnahme von Lohnarbeit veranlaßt, und zwar trugen auf diese Weise 116 Frauen bei, die Familie in der Zeit der Not durchzuhalten. Ferner nahm die Haltung von Kostgängern und die Übermietung von Wohnräumen in geringem Maße zu. Zwei Drittel der Familien hatten Schulden für Nahrungsmittel zu machen. Andere Schulden und Darlehen wurden von mehr als drei Viertel aller Familien berichtet. Nicht ganz die Hälfte der Familien hatten Ersparnisse von früher zugeföhrt. Etwa die Hälfte hatte die Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen. Im ganzen waren die aus diesen verschiedenen Quellen fließenden Unterhaltsmittel nicht hinreichend, um die Arbeitslosen und ihre Familien bei Gesundheit zu erhalten. Die schlimmste Wirkung der Arbeitslosigkeit ist die moralische; die daraus erwächst, daß der Vater ohne Beschäftigung, entmutigt und voll Ungewißheit im Hause bleibt, während die Mutter außer Hause Arbeit suchen muß, daneben aber auch für den Haushalt und die Kinder zu sorgen hat. Die Kinder leiden unter der Unsicherheit was die Zukunft bringen mag, die sie noch schwerer betrifft, als die Entbehrungen der unmittelbaren Gegenwart.

### Literatur.

Kleiner Literaturführer. (Leipzig, Köhler und Volkmar N.-G.) Die bekannte Großfortimentenfirma Köhler und Volkmar gibt seit einiger Zeit „Kleine Literaturführer“ heraus, deren Zahl bisher auf sechs angewachsen ist und deren Anlageplan man auszeichnen nennen darf. Jeder Band wird von einem knapp gefaßten, aber doch seinem Gegenstand angemessenen Aufsatz eingeleitet, dann folgen sehr ausführliche Bücherverzeichnisse mit kurzcharakterisierenden Anmerkungen, ein vielseitig angelegtes Register ermöglicht zum Schluß einen guten Überblick. So erfährt man sehr viel über „Deutsche Romane“ (Bd. 1), über geeignete Stoffe zum „Erzählen und Vorlesen“ (Bd. 2), über „Deutsche Geschichtswerke“ (Bd. 3), Antike Literatur (Bd. 4), „Deutsche Memoiren“ (Bd. 5), Kunstgeschichte und Kunstwissenschaft“ (Bd. 6). Wer sich in der reichen Literatur dieser Gebiete rasch zurechtfinden und ein Buch über einen gewissen Gegenstand feststellen will, wird bei den „Kleinen Literaturführern“ gewiß auf seine Rechnung kommen, einem Bibliothekar und jedem geistigen Arbeiter, der Behelfe sucht, sind sie unentbehrlich. Das darf man ruhig zugeben, gleichwohl aber sind schwere politische Bedenken gegen die Bücherreihe zu erheben. Was man nämlich bei einem solchen rein buchhändlerischen Unternehmen am aller wenigsten erwarten würde, trifft bei den Büchern der Reihe trotzdem zu: daß sie die Werte auch stark nach der Offenbarung stehen und wägen, die selbstverständliche Neutralität also mehr als nötig vernichten lassen. Schon daß die Einleitung zum Roman-Bändchen Adolf Bartels verfaßt hat, gibt zu denken. Jeder kennt diesen sachlich gewiß gut beschränkten Mann als Rassenkritiker, und dieses sein Wesen verleugnet sich auch nicht in seinem — übrigens überflüssigen und gut orientierenden — Leitartikeln. Aber was noch ärger ist: auch die Charakteristiken der Listen, die nicht von Bartels stammen, sprechen immer von dem, was „wir“ (lies: die Nationalisten) gut oder verwerlich finden können. Sie heften so und so vielen revolutionären Geistern den Wasel „bedenklich“ an und gehen über viele der Arbeiterchaft interessante Werke mit Stillschweigen hinweg. So einseitig wie der erste, sind die übrigen Bände zum Glück nicht, immerhin sind sie ganz bürgerlich eingestellt. H. Ulrich z. B., der im dritten Band über die Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft schreibt, findet es nicht nötig, der materialistischen Geschichtsauffassung, die auch für Gegner ein wichtiger methodologischer Weg geworden ist, auch nur Erwähnung zu tun, aber immerhin würdiger er in den Listen die Werke der Richtung halbwegs objektiv. W. Westphal wieder, der (Bd. 5) die Geschichte der deutschen Selbstbiographie entwickelt, konzentriert sich das religiöse Moment als Kennzeichen einer echten Selbstbiographie und leitet daraus die Würdigung der Werke dieser Gattung ab — ein Unternehmen, das jedenfalls eingehender Begründung bedürfte, bevor man die Geschichte einer wichtigen Literaturgattung darauf aufbaut. Solche persönliche Anschauungen gehören in einen Essay einer sachwissenschaftlichen Revue, nicht aber in einen Katalog für die Allgemeinheit, weil sie da, unbewiesen wie sie sind, nur verwirren können. An Ueberflüssigkeit läßt der Aufsatz sonst nichts zu wünschen übrig, auch die Listen befriedigen. Das gleiche gilt von den drei übrigen Bänden, deren Themen keine Gelegenheit geben, bürgerliche Propaganda zu treiben. Jedenfalls ist es interessant zu sehen, auf welche Gebiete alles die systematische Verbearbeitung der Bourgeoisie übergreift, auch wissenschaftliche Buchhändlerkataloge sind vor ihr nicht mehr sicher. Die „Kleinen Literaturführer“ können also trotz ihrer großen Vorzüge nur mit der Einschränkung „Vorläuf beim Gebrauch“ empfohlen werden, die „Kompagnie n-Kataloge“ des gleichen Verlages, die keine Einleitungen und Kritiken bieten und in abgeschlossenen, spottbilligen Bänden 17 verschiedene Wissensgebiete behandeln, bedürfen dieser Warnungstafeln nicht. K.

Mitteilungsblatt der russischen Sozialdemokratie. Die russische Sozialdemokratie gibt ein wöchentlich erscheinendes Mitteilungsblatt heraus, welches für Zeitungen 5 Mark und für Private eine Mark im Monat kostet. Es ist in Berlin, SW 68, Lindenstraße 3, III. Hof, rechts, Parterre, zu bestellen. Wir können unseren Genossen dieses Blatt aufs Wärmste empfehlen.

Das neue Oesterreich. Tatsachen und Probleme in und nach der Sanierungsaktion. Von Dr. Arthur Feiler. Preis 1,20 Mark. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M.

Die Schrift schildert in großen Zügen die Völkerverbündigungsaktion für Oesterreich: die drohende Katastrophe vorher, dann das Gelingen der Völkerverbündigung, den Prozeß der Bestimmung der Staatsfinanzen, schließlich die ganz neuartigen Formen und Methoden der Finanzkontrolle, der Oesterreich durch die (als Anhang im Wortlaut abgedruckt) Genfer Protokolle unterworfen worden ist. Aber die Schrift beschränkt sich keineswegs auf diese Darstellung der Sanierungsaktion selbst. Sie will ein Gesamtbild der wirtschaftlichen und damit auch der politisch-sozialen Struktur dieses neuen Oesterreich geben, das durch den Frieden von Saint Germain aus dem Körper des alten Habsburgerreichs herausgeschnitten wurde. Was diese Verzeihung des alten einheitlichen Wirtschaftsreichs bedeutete, und wie nun der neue kleine Staat um den Aufbau einer aus sich allein lebensfähigen Wirtschaft ringt, über welche wirtschaftlichen und sozialen Kräfte er dabei verfügt und welche Zukunftserwartungen für die Zeit nach der Sanierungsaktion sich daraus ergeben, das kommt mit ausführlichem statistischen Material belegt, in Feilers Schrift zur Darstellung.



# Kleine Chronik.

## Der Dollarhag im Löwenkäfig.

In den letzten drei Monaten wurden in Czernowitz achtzehn Personen unter dem Verdachte der Fälschungen von Dollarnoten verhaftet, nachdem ganz Rumänien mit falschen Hundert-Dollar-Scheinen überflutet worden war. Im Verlaufe ihres Verfahrens gestanden sie, daß sie Angestellte einer beiläufig 250 Mitglieder zählenden Fälscherbande sind, aber trotz des strengsten Verfahrens verrietten sie die Namen ihrer Komplizen nicht. Es stellte sich heraus, daß die falschen Dollarscheine durchweg von Grundbesitzern aus der Provinz präsentiert wurden, die aber reich, und also nicht auf das Geldfälschen angewiesen waren. Als die Detektive Erkundigungen einzogen, woher das Geld stamme, teilte man ihnen mit, die Mitglieder eines im Lande herumziehenden amerikanischen Zirkus böten die Hundert-Dollar-Scheine zu niedrigem Preise an. Dieser Zirkus pilgerte in jedem Dorfe seine Zelte aufzuschlagen, und zwar wegen eingetretener Hindernisse. Niemand sollte Verdacht, und den Dorfbewohnern genügte es, wenn sie die bunte Schar der Clowns und Artisten gratis auf der Straße bewundern konnten. In der Gemeinde Chiotiße wurden die Detektive von einem etwa achtzehnjährigen Artisten angesprochen, der ihnen eine zerfallene Hundert-Dollar-Note zum Kaufe anbot. Die Detektive lockten den Artisten in ihre Wohnung, wo er eingekerkert, seine Genossen hätten ihn mit dem Verkauf betraut. Eine halbe Stunde später war das ganze Personal des Zirkus bereits verhaftet. Das Verhör fand im Zirkus statt. Den Clowns wollte niemand von den Artisten kennen, alle wiesen mit ihren Dokumenten nach, sie seien rechtmäßige Artisten, und protestierten gegen die Verächtlichmachung der Geldfälscherei. Es gelang zunächst nicht, belastendes Material zu finden. Ein Detektiv gab aber die Hoffnung nicht auf. Zwischen den Käfigen fand er einen geschlossenen Koffer, der mit mächtigen Schlössern versehen war. Auf seine Nachfrage antwortete ihm ein Artist, in diesem Koffer befindet sich ein Käfig mit zwei mächtigen Löwen. Der Detektiv forderte einen Zirkusdiener auf, ihm den Kofferschlüssel zu öffnen, doch niemand traute sich, „aus Furcht vor den Löwen“, so daß der Detektiv dem Zirkusdiener den Schlüssel wegnahm, das Schloß abhängte und mit vorgehaltenem Revolver in den Koffer trat. Statt der beiden Löwen fand er in dem Koffer, der nicht wie ein Löwenkäfig, sondern wie ein eleganter Salon ausah, eine junge Dame, die bewußtlos zusammenstürzte, als sie einen Mann mit vorgehaltenem Revolver auf sich zukommen sah. Es war die Frau des „Zirkusdirektors“, die eine in der Verbrecherchronik unter dem Namen Gräfin Pemiß bekannte Abenteuerin ist. Die Detektive setzten ihre Nachforschungen fort, und fanden einen ganzen Koffer mit Hundert-Dollarscheinen. Die meisten Zirkusleute wurden wieder freigelassen, da ihre Unschuld festgestellt werden konnte, nur fünf Personen blieben in Haft, da sie der verbrecherischen Geldmanipulation überwiegen werden konnten. Sie erklärten, derselben Dollarfälscherbande anzugehören, wie die in Czernowitz bereits verhafteten Fälscher. Führer der Bande sei der Hochstapler Ludwig Kocher, der wegen eines Bankraubes von zwei Millionen Schweizer Franken in Genf geflohen ist nach Siebenbürgen geflüchtet. Die Czernowitzer Polizei hat nun auch gegen ihn einen Steckbrief erlassen, und setzt die Nachforschungen im Interesse der Unschädlichmachung der übrigen Mitglieder der Geldfälscherbande fort.

# Kunst und Wissen.

## Prager Konzertsalon.

Die Einwirkung der Goldmark auf das Konzertleben. Während in den beiden letzten Jahren der Zustrom reichsdeutscher Konzertkünstler nach der Tschechoslowakei eine wahre Konzertschneise bei uns gesiegt hatte, unter der das heimische Künstlerturn — in Prag genau so wie in der musikalischen Provinz — schwer leiden mußte, weil es der Konkurrenz mit den aus Deutschland kommenden internationalen Konzertsalons gegenüber machtlos war, können wir im letzten Vierteljahre, seit der Stabilisierung der deutschen Währung durch Schaffung der Renten- oder Goldmark, die Beobachtung machen, daß die Mehrzahl jener Künstler, die sich noch vor einem halben Jahre um Konzertsalons in der Tschechoslowakei mit allen erdenklichen Mitteln bemüht hatten, heute unseren Konzertsalons fernbleibt. Umgekehrt erliegen zahlreiche unserer heimischen Künstler den Lockungen der Goldmark und suchen Engagements in Deutschland. So sehen wir unsere Konzertsäle gegenwärtig vorwiegend von bodenständigen und österreichischen Künstlern besetzt.

Die unter solchen Umständen in unseren Konzertsälen eingetretene Verwahrlosung und Mäßigkeit an Stelle früherer Hektik könnte dem allgemeinen Konzertleben zweifellos nützlich sein, wenn nicht gerade in der letzten Zeit wieder wie schon früher oft schädliche Konkurrenz diesen angeblichlichen Vorteil illusorisch machen würde. Denn es hat sich abermals und wiederholt begeben, daß an einem Abend zwei Konzertveranstaltungen gleichzeitig abgehalten wurden, so daß eine der anderen im Wege stand. Wann endlich wird die einheitliche Regelung des großstädtischen Konzertbetriebes Erfüllung werden?

Unter den Konzertereignissen der Berichtzeit ist zunächst ein künstlerisch hochbedeutender Kammermusikabend des Berliner Baghater-Quartetts zu nennen, das Beethoven, Brahms und Tschaykovsky mit außerordentlich technischer Sauberkeit und klanglicher Ausgeglichenheit spielte. Konzerte im Sinne gesellschaftlicher Veranstaltungen waren das Akademiker-Konzert, bei dem neben dem Theaterorchester unter Generalmusikdirektor Ra-

ner und dem Prager deutschen Volksgesangverein unter Chormeister Seifert auch Frau Martha Ranzner (Sopran), der Wiener Meisterbassist Mayer und der Prager Pianist Kalix mitwirkten, und das Konzert zu Gunsten deutscher Ferienkolonien, das von der erlesenen Kunst der Wiener Kammerfängerin Elisabeth Schumann und des Wiener Meisters im Liedgesange Franz Steiner getragen wurde. Steiners Begleiter bei diesem Konzerte, der junge Wiener Pianist Mittler, verblüffte durch die einzigartig dastehende Liebesbegleitung aus dem Gedächtnisse. Die bedeutendsten Solistenkonzerte gaben Kammerfänger Mayer (Wien) und der heuer 60jährige, noch immer taftengewaltige Pflanzhiller Eugen D'Albert. Im Klub deutscher Künstlerinnen erlebte der Prager Musikprofessors Heinrich Rietzsch Vertonung der Dehmelschen Dichtung „Nachstück“ für Klavier, Violine und Gesang ihre Uraufführung.

Dem tschechischen Konzertsalon gab das Smetana-Jubiläum auch weiterhin das Gepräge. Ein Festkonzert zur Errichtung eines Smetana-Denkmales, bei dem die Prager tschechischen Meisterpianisten Niranek und Dr. Stepan, das tschechische Trio und Kammerfängerin Destina mitwirkten, und das sechste Novitätenkonzert der vorbildlich wirkenden „Hubetni matice umleclé besedy“ mit Kompositionen von Janadel, Dstrel, Jeremias, Koval und Komala als Gegenwartsmeistern und Werken von Dvořak und Smetana als tschechischen Klassikern seien besonders hervorgehoben. Die große Reihe der Smetana-Konzerte aus Anlaß des hundertsten Geburtstages des Meisters soll eine glänzende und nachahmenswerte Bereicherung erfahren durch Veranstaltung von Gratiskonzerten, um auch den breitesten Volksschichten Gelegenheit zu geben, die Smetanasche Tonkunst in würdiger Weise zu empfangen.

Edwin Janetschek.

## Arbeitervorstellung „Bettelstudent“.

Eine erneute Premiere einer alten Operette konnte man die sonntägige Aufführung des Millöderischen „Bettelstudenten“ nach dem reichen Beifall, der begeistertsten Aufnahme wie auch nach den prächtigen Blumenpenden, die den Darstellern zuteil wurden, nennen. Der „Verein deutscher Arbeiter“ hat wie stets so auch diesmal mit seiner Aufführung Glück gehabt. Er bot dem ausverkauften Hause ein Werk alter Operettenkunst, ist also auf dem glücklichen Wege fortgeschritten, der mit der Forderung von Straußens „Indigo“, der „Fiebermaus“ in der Opernbesetzung und Suppés „Boccaccio“ betreten wurde. Es wäre gut gewesen, wenn man wirklich alle Feinheiten der Millöderischen Partitur belebt hätte. Leider lag noch, insbesondere auf den Chören, eine gewisse Staubdecke, die bei einer wiederholten Aufführung weggeputzt werden müßte. Der zweite Akt mit den prächtigen Duetten war dafür voll gelungen; das ältere Publikum begrüßte hier sichtlich liebe Melodien aus der Jugend, die die jüngere Generation mit unvorhergesehenem Erfolge aufnahm. An sich ist sicherlich auch die „historische“ Handlung geeignet, Operetten zu inszenieren. Die Darsteller waren, mitgerissen von der Stimmung des dankbaren, vollbesetzten Hauses, freudig bei der Sache: Frau Sillisch sang ausgezeichnet und sah ebenso so aus; Fr. Perry bewies, was sich durch Temperament und Charme aus einer kleinen Rolle machen läßt. Die Herren Bruch und Kober sangen und spielten vortrefflich. Herr Bauer fühlte sich, wie sein Koupel mit für den alten Ollendorf oft reichlich moderne Strophen behandelte, in dieser Rolle sehr wohl. Die Direktion, die Darsteller, aber auch der Verein deutscher Arbeiter wie das Publikum können mit dem Erfolge dieser erneuten Premiere des alten melodienreichen Werkes zufrieden sein.

Dr. K. E.

„Das Kamel geht durch das Radelöhr“, Lustspiel von Franz Langer, übersetzt von Otto Vid, wurde Samstag im Neuen Deutschen Theater zum ersten Male aufgeführt. Franz Langer ist ein Dichter des heißen Blutes, der gelunden Geschlechtsinstinkte, feuriger Erotik, ohne allzu viel Rücksichtnahme auf die sittliche oder gefühlsmäßige Seite

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Rechner.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: D. Holl.

## Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt  
Särtner & Co., Bodenbach a. E.  
G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neuere Gen- und Kleinschuldrucken mit einer Vagabundierung von 300.000 Buchstaben, Relativmaschinen mit einer Engpassproduktion von 250.000 Zetteln, Satzmaschinen Nr. 271, Postparaffin Nr. 127.003

Gottes“. In diesem Stücke ist dieses Reich Gottes der Liebesakte. Von einem solchen Prinzip geht auch sein wirkungsvolles Lustspiel aus. Bekanntlich besaß ein Libellowort: „Über geht ein Kamel durch das Radelöhr, als ein Reicher eingeht in das Reich die glückliche Ehe, die aber nicht unter den oberen Jehntausend zu suchen ist, wo trübes Blut und laue Menschen degenerierte Nachkommen zeugen, sondern dort, wo die Jugend sich die Liebesgenossen nach der Stimme des Blutes sucht und findet. Hier geht „das Kamel“ wirklich das Dreh; der Reiche gelangt ins Paradies — mehr, er wird ein Mensch. Der Vorzug des Stückes liegt nicht in der Handlung, sondern im treffend erfassten Milieu. Die Inszenierung war vorzüglich, die beiden weiblichen Darstellerinnen der Hauptrollen Frau Lord und Frau Söldner-Kramer ausgezeichnet; die männlichen Darsteller Höbiger und Dr. Kramer wetteiferten mit der derben Komik Stadlers, den Erfolg des Stückes zu ergänzen. Die Uebersetzung ist treu und sorgfältig. Das Publikum sparte nicht mit Beifall.

Dr. K. E.

„Der Kal“. (Deutscher Dilettantenverein.) Das in höheren und niederen Beamtenkreisen spielende Lustspiel Robert Scheus hatte — nicht zuletzt dank der guten Aufführung — einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Den Akten des amüsanten Stückes bildet eine Indiskretion, begangen durch Verrat des so ängstlich gehüteten Geheimnisses an einen Journalisten. In einer natürlichen und lebensvollen Weise wird der Konflikt gütlich beigelegt und der Akten glücklich gelöst. Der Stray des Herrn Thörn und der Hofrat des Herrn Sucker waren musterhaft dargestellt. Typen der Beamten in ihrem Berufs- und Privatleben. Auch die übrigen männlichen Darsteller (besonders Herr Demel und Herr Komela) trug ihr bestes Können vor. Besonders Lob verdient Fräulein Widi Roman, die in der Rolle der Hofratsstochter außerordentliche Grazie entwickelte.

A. S.

„Der Anstalt“, Musikblätter für die Tschechoslowakische Republik. Auch das soeben erschienene zweite Heft des neuen (vierten) Jahrganges dieser wertvollen musikalischen Zeitschrift zeichnet sich durch Reichhaltigkeit und Gediegenheit des Inhaltes aus. Unter den selbständigen Aufsätzen verdient insbesondere der „Smetana“-Artikel Dr. Rudnovsches Beachtung, der Proben aus der vortrefflichen Smetana-Biographie dieses Musikforschers bringt. Dr. Einstein (München) und Julius Wolffsohn (Köln) sind mit musikphilosophischen Abhandlungen vertreten, deren eine das Abstrakte in der Musik behandelt, während die andere das Transzendente der Tonkunst erörtert. Ueber Rabler als Esthetiker schreibt Edgar Bul, indem er vor allem den weisfernen Aspekten zum Vergleich heranzieht. Im musikpädagogischen Teile der Zeitschrift macht D. Freilichen beherzigenswerte Vorschläge zur Reformierung der Solistenprogramme. Besprechungen neuer Noten und Musikbücher, Berichte über ausländische Musikgehehnisse und über das Prager Musikleben bilden den weiten Inhalt des lesenswerten Heftes.

—ek.

Die Erstaufführung von Friedrich Smetanas Oper „Der Kuh“ findet am Donnerstag, den 20. d. im Neuen Theater statt. Die Aufführung wird Alexander Zemlinsky dirigieren.

Gastspiel Peter Raiffesch. Der junge Tenorist Peter Raiffesch wird am 2. und 3. April im Neuen Theater gastieren.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Dienstag und Freitag: „Das Kamel geht durch das Radelöhr“; Mittwoch „Tausend und eine Nacht“; Donnerstag und Samstag „Der Kuh“; Sonntag 3 Uhr Gastspiel Sternc „Don Juan“, abends Premiere „Doll“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag „Jolanda letztes Abenteuer“; Mittwoch „Erziehung zur Ehe“, „Lore“; Donnerstag „Dorine und der Zufall“; Freitag Vorstellung des Verbandes der Bank- und Sparkassabeamten „Improvisationen im Juni“; Samstag neuinstudiert „Die Hofe“; Sonntag 3 Uhr „Komtesse Sucker“, abends „Lore“, „Erziehung zur Ehe“.

## Aus der Partei.

Bezirkskonferenz B.-Leipa. Am Sonntag fand in B.-Leipa eine Bezirkskonferenz der Bezirksorganisation B.-Leipa statt, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Werbeaktion stand. In Vertretung des Kreises nahm Gen. Arnberg an der Konferenz teil. Den Vorsitz führte Gen. Reichel, der einleitend auf die Beschlüsse des Parteitag in Ruffig hinwies, zu Beginn des Jahres 1924 eine Werbeaktion durchzuführen. In einem längeren Referat besprach hierauf Gen. Arnberg die Situation in den Parteiorganisationen, schilderte die Bemühungen der Gegner, die Arbeiter für ihre Parteizwecke zu gewinnen und legte dann die Richtlinien hinsichtlich der Durchführung der Werbeaktion fest.

An der an das Referat des Gen. Arnberg anschließenden Debatte beteiligten sich die Genossen Götzner, Neumann, Roscher, Reichel und Wünsch, worauf beschlossen wurde, die Werbeaktion am 22. und 30. ds. durchzuführen, insoweit es die lokalen Verhältnisse zulassen. Wo sich die Notwendigkeit dazu ergibt, wird die Werbearbeit an dem darauffolgenden Sonntag fortgesetzt werden. Zum Schluß der Konferenz richteten verschiedene Delegierte an den Bezirksvertrauensmann Gen. Reichel verschiedene Anfragen, nach deren Beantwortung die Konferenz geschlossen wurde.

## Turnen und Sport.

D. F. C. gegen T. R. Gimshüttel (Hamburg) 4 : 2 (4 : 0). Gespielt in Hamburg. Schlechtes Wetter, schlüpfriger Boden. D. F. C. in der ersten Hälfte hervorragend. Besonders gut spielten Leh, Pohor, Sedlitzschel und Strnad. Bei Gimshüttel verhinderte der Formann durch aufopferndes Spiel eine größere Niederlage. Gegen Schluß des Spieles fielen die Prager stark ab. Besuch 4000 Personen. Schiedsrichter einwandfrei. Edenverhältnis 12 : 0 für D. F. C.

A. C. Sparta gegen Guts Muts (Dresden) 4 : 3 (4 : 2). Die 8000 Zuschauer erlebten Sonntag in Dresden eine angenehme Enttäuschung. Guts Muts hielt sich ausgezeichnet und war gegen das vorwichtige Prager Aufreten nicht zu erkennen. Begünstigt wurden die Dresdner bei ihrem Spiel. Allerdings dadurch, daß Sparta ohne Sedlitzschel und Hofer antrat und der Schiedsrichter die Sparta offensichtlich benachteiligte.

Slavia gegen Maffabi-Brünn 1 : 0 (0 : 0). Trotzdem das Spiel nicht ganz den gehegen Erwartungen entsprach, wurde im allgemeinen doch guter Sport geboten. Maffabi verfügt, wie bekannt, über glänzende Spieler, es fehlt ihr jedoch heuer noch ein rationelles Training; auch ist die Lade, die durch den Abgang der rechten Verbindung Schwarz entstand, noch nicht hinreichend ausgefüllt. Die beste Leistung bot die Verteidigung, vor allem Jikundi im Goal. Feldmann ist technisch und taktisch sehr gut, Emerling ist ein guter Tackler und verfügt über einen weiten und sicheren Abstoß. Das Halb war in der ersten Hälfte nicht auf der Höhe. Im Sturm war der beste Mann Hirzer, der mit Weiß zusammen sehr gefährlich angriff. Nikolsburger ist noch nicht in Form. Die rechte Seite war ein Versager. Slavia besitzt mehr Zusammenhang, was ihr auch verdientermaßen den Sieg brachte. Die Hintermannschaft hat noch große Schwächen. Ramentlich der schlechte Abstoß der beiden Rechts fiel auf. Den Löwenanteil in der Abwehr hatte wie gewöhnlich Pleiša und Seifert zu bewältigen. Hlinal kam gegen die Schwache rechte Seite der Maffabi zur Geltung. Mader beste Hirzer und Weiß oft sehr gut ab. Nicht auf der gewohnten Höhe waren die beiden Verbindungen, während die Flügel und Banik sehr schön spielten. Schiedsrichter H. Straka gut. Zuschauerzahl 12.000.

Sonstige Sonntagsergebnisse. Prag: D. F. C. Erfaß gegen S. R. Smichow 2 : 0 (1 : 0); Deutsche Sportbrüder gegen Cecilia Smichow 2 : 3 (2 : 2); D. F. C. Sturm gegen Cecilia III. 2 : 1 (0 : 0); Viktoria Zizkov gegen Ruffischy S. R. 4 : 1 (2 : 0); C. A. F. R. gegen Meteor-Weinberge 2 : 2; Rudolich A. F. R. gegen A. C. Sparta Ref. 6 : 2. — Teplic: T. F. R. gegen Cecilia Laun 7 : 0. — Pardubitz: S. R. gegen Praha VII. 2 : 1. — Brünn: Mor. Slavia gegen Hon. Slavia 3 : 1, Zdenice gegen Aroehlav 5 : 1, Formwärts gegen D. F. C. Olmütz 4 : 1, B. S. R. gegen S. R. Olmouze 4 : 4. — Olmütz: Gakoah gegen Prager Studentenelf 1 : 1. — Troppau: D. S. B. gegen Brünn Sportbrüder 7 : 0. — Währ.-Osttau: Mor. Osttau gegen D. S. B. Biskowitz 3 : 2. — Preßburg: C. S. R. Bratislava gegen Slavia-Roschaw 7 : 0 und 7 : 1. — Wien: 1. Klasse: Amateure gegen Gakoah 3 : 1 (1 : 1) (30.000 Zuschauer), Rapid gegen Perta 3 : 2 (0 : 1), Wader gegen Simmering 2 : 1 (1 : 1), Wiener Sportklub gegen W. A. F. 7 : 0 (2 : 0). (Samstag: Pienna gegen Admira 1 : 0, Ostmark gegen Slovan 1 : 0). 2. Klasse: Floridsdorf gegen Donau 0 : 1, W. K. E. gegen Donaustadt 4 : 2, Beim W. A. C. spielte Karl Kozoluh (früher Tepliger F. R., D. F. C. Prag und A. C. Sparta). — Berlin: Städtecampf Berlin gegen Hamburg 3 : 1 (1 : 1). 25.000 Zuschauer. Schwaches Spiel. — Mannheim: Waldhof gegen T. F. C. Nürnberg 2 : 0.

Kommende Wettspiele in Prag. Sonntag, Slavia-Play: D. F. C. gegen C. A. F. R., Slavia gegen Vienna; Dienstag, den 25. März Slavia gegen C. A. F. R., Vienna gegen D. F. C. — Spartaplay: Sparta gegen Amateure-Wien (Sonntag), Sparta gegen H. T. C. Budapest (Dienstag, den 25. März).  
Roughy. England schlug Sonntag im Roughy Schottland mit 19 : 0. England gewann dadurch das internationale Schampiorat und zum zweitenmale den Wanderpokal von Kallutta.

Schlechtes Wetter  
verlangt gute Schuhe!  
Darum tragen Sie  
**Palma** Kautschukabsätze & Sohlen